

SÜDAFRIKA

Pretorias Außenpolitik

NAMIBIA

Interview mit Utoni Nujoma



ZIMBABWE – ÖSTERREICH

Jugendtheater IYASA

SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 13.30-17.30) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- Projekt „Women in Need“ in Kapstadt

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 20151, Konto 610 512 006; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960.

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

... Leserbeitrag ...

zu INDABA 69/11:

„Jugendrevolte in Südafrika?“ von Jay Naidoo

Naidoo ist in seiner Analyse und den Lösungsmöglichkeiten weitgehend zuzustimmen. Die hohe Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und die noch höhere bei Jugendlichen – auch bei jenen, die eine gute Ausbildung absolviert haben – sei ein skandalöser Mißstand in Südafrika. Trotz eines großen Bildungsbudgets scheint die Bildung nicht dem Bedarf angepaßt. Die Fehler lassen sich auch nicht ausschließlich bei der Korruption der Eliten oder der wachsenden Einkommensungleichheit finden, die ganz eindeutig aufgrund der mangelnden Nachfrage die wirtschaftliche Entwicklung bremst. So liegt z.B. viel Agrarland brach, zugleich müssen aber Nahrungsmittel importiert werden; auch Handwerk und Kleinindustrie hätten ein großes Potential für die Konsumgüterproduktion. Schließlich hebt Naidoo noch einen Aspekt hervor: daß der Staat für die Sozialfürsorge eine Gegenleistung im produktiven Bereich verlangen sollte.

Naidoo betont, daß die neue Vision eigentlich die alte Vision des Entwicklungsprogramms von 1994 sein müßte. Damals wurde das Hauptaugenmerk auf den Binnenmarkt gelegt: Südafrika war ein klassisches Schwellenland mit einer kompletten Industriestruktur (bis zum Kernkraftwerk und der Atombombe), d.h. daß vor allem Investitionen in die Landwirtschaft und damit in eine bessere Ernährung und die Erzeugung agrarischer Rohstoffe sowie der Ausbau diverser Infrastrukturen und die Verbesserung der Wohnungen sehr positive Auswirkungen auf Beschäftigung und Streuung von Einkommen hätten. Und das alles weitgehend mit einheimischer Produktion und nationalem Kapital.

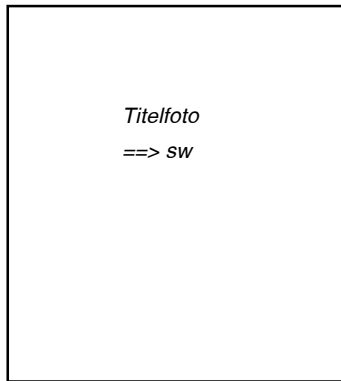
Die neue/alte Vision bedürfte jedoch einer Wirtschaftspolitik, die trotz Globalisierung (vgl. die billigen Güter, die China auf den Markt bringt) den Binnenmarkt betont und die Exportorientierung etwas hintanstellt. Und dieses „Rezept“ wäre auch für die meisten afrikanischen Länder mit hoher (Jugend-) Arbeitslosigkeit gültig.

Richard Langthaler

Pensionist; früher mehrere Jahre in Afrika und später Afrikareferent der ÖFSE

Mbeki: Libyen – Niederlage Afrikas **4**

spektrum **9**



Krise in Swaziland **16**

IYASA: 10 Jahre in Österreich **24**

3 **Ein besseres Afrika, eine bessere Welt**

Botschafter Xolisa Mabhongo stellt die Schwerpunkte südafrikanischer Außenpolitik dar

12 **Interview mit dem namibischen Außenminister Nujoma**

Betroffenheit über die Libyen-Krise, diskrete Forderungen an Österreich

15 **Schwarzer Rassismus?**

Horst Kleinschmidt kritisiert – wie viele andere in Südafrika – die Diskriminierung von Indern und Coloureds durch führende ANC-Vertreter

20 **Namibias deutsche Vergangenheit – eine Zeitreise**

Kaum Gedenkstätten für die Opfer von Kolonialismus und Apartheid

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **e-mail:** office@sadocc.at. **URL:** <http://www.sadocc.at>. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Astrid Esterlus, Horst Kleinschmidt, Robert Konrad, Adalbert Krims, Simon Loidl, Xolisa Mabhongo, Thabo Mbeki, Bettina Moser, Martina Penzenauer, Eva Rauter, Walter Sauer. **Fotos:** Astrid Esterlus, Martin Johann Krennbauer, Simon Loidl, Bettina Moser, Museum für Völkerkunde, OECD, SADOCC, Walter Sauer, Marianne Weiss. **Redaktionsschluß** dieser Ausgabe: 18. Juni 2011. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel, Wien.

Liebe Leserinnen und Leser!

Auch wenn die Entscheidungsträger der westlichen Welt – USA und EU – aus der Krise nichts zu lernen scheinen, haben sich die Gewichte der Weltpolitik doch verschoben. Die Schwellenländer nutzen den gewonnenen Spielraum, mit BRICS – Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika – tritt eine neue, gewichtige Staatenkoalition auf den Plan, die bereits jetzt den Anspruch auf verstärkte Mitsprache bei der Gestaltung von Weltpolitik und Weltwirtschaftspolitik erhebt. So mancher Zungenschlag der Blockfreienbewegung aus den 1970er Jahren ist wieder zu hören, und selbst der internationale Entwicklungsdiskurs verändert sich. 30 Jahre „good governance“ und ähnlich neokoloniales Zeugs sind genug.

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

„Neue Paradigmata für Entwicklung“ lautete denn auch der Titel einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, die am 25. Mai im Rahmen des diesjährigen OECD-Forums in Paris stattfand. Ich gebe zu, ich war zunächst ein bißchen skeptisch. Alternatives Gedankengut im Herzen eines der mächtigsten neoliberalen Thinktanks der industrialisierten Welt? Umso größer war dann meine Überraschung.

Alle Sektoren einer Bevölkerung, und nicht nur eine Minderheit, müßten von Wachstum und Entwicklung profitieren, gab der südafrikanische Finanzminister Pravin Jammadas Gordhan den Tenor vor. Dazu brauche man fiskalpolitische (und andere) Souveränität, Maßnahmen gegen die Steuerflucht von Konzernen, Auflösung der Steueroasen und Rückgabe von illegal außer Landes gebrachten Milliarden (siehe Nordafrika). Plus ein neues globales wirtschaftspolitisches Rahmenwerk, inklusive einer Finanztransaktionssteuer. Und: Entwicklungshilfe sei zwar nicht ausgeschlossen, dürfe aber nicht zu Abhängigkeit führen.

Eine Position, der die aus Zambia stammende US-amerikanische Ökonomin Dambisa F. Moyo zustimmte: Sie sei nie gegen Entwicklungshilfe an sich aufgetreten, kritisiere aber die „aid dependency“, die psychologische Erwartung, sich bis in alle Ewigkeit auf Gelder aus dem Norden verlassen zu können. Daher: Entwicklungskooperation müsse ein Ablaufdatum haben.

Vielleicht (ich erinnere mich nicht mehr genau) war es Paul Collier, Wirtschaftsprofessor aus Oxford, der in diesem Zusammenhang einwarf, der politische Wandel in Tunesien und Ägypten sei ja auch nicht von den EZA-Gebern herbeigeführt worden...

Kapital, das nach Afrika fließe – allein aus den Überweisungen von Arbeitsmigranten jährlich 40 Milliarden US-\$ –, dürfe nicht in den Konsum gehen, sondern müsse in die Produktion investiert werden, forderte der Präsident des International Fund for Agricultural Development (IFAD), Kanayo F. Nwanze aus Nigeria. Industrialisierung, regionale Integration, Entwicklung aus eigener Kraft – da tauchen viele Ansätze wieder auf, die man längst vergessen glaubte.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und eine Podiumsdiskussion in Paris ändert noch nicht die Welt. Aber vielleicht ist es der Anfang einer Trendwende, den wir heute erleben.



Dambisa F. Moyo

Walter Sauer

Für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden: Südafrikanische Außenpolitik

Eine großangelegte Tour d'Horizont präsentierte Südafrikas Botschafter Xolisa Mabhungo in seinem Vortrag in der SADOCC-Bibliothek am 14. April 2011 – zufälligerweise an jenem Tag, an dem Südafrika erstmals an einem Meeting der BRICS-Staaten teilnahm. INDABA dokumentiert nachstehend die wichtigsten Passagen aus dem Referat und der folgenden Diskussion.

Präsident Jacob Zuma verglich in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2011 das frühere Südafrika mit dem Südafrika von heute. Er sagte: „Wir setzen unseren stetigen Fortschritt in Richtung einer Gesellschaft, die mehr Reichtum hat, fort. Das politische Fundament ist solide. Wir haben eine lebendige, funktionierende konstitutionelle Demokratie aufgebaut. Wir haben Institutionen, die Demokratie und Bürgerrechte unterstützen, gut etabliert. Problemlos werden alle fünf Jahre Wahlen abgehalten, damit alle Südafrikaner/innen die Regierung wählen können, die sie wollen, organisiert von unserer effizienten Independent Electoral Commission. Wir haben ein Parlament, das lebendig ist und die Exekutive zur Verantwortung zieht. Wir haben eine unabhängige Justiz und Medienfreiheit, beide in der Verfassung garantiert. Das ist das Südafrika von heute. Es ist natürlich ein Südafrika, welches immer noch vor vielen Herausforderungen steht – am herausragendsten dabei die Abschaffung der Armut und die Beseitigung von Ungleichheit.“

So, wie wir innenpolitisch versuchen, das Leben für alle in Südafrika zu verbessern, so verfolgt unsere Außenpolitik das Ziel eines besseren Afrika und einer besseren Welt. Betrachtet man die südafrikanische Geschich-

te und die gegenwärtige südafrikanische Innenpolitik, so wird klar, daß auch unsere außenpolitischen Zielsetzungen auf Demokratie, Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit, internationalen Frieden u. a. ausgerichtet sind.

Ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik widmet sich der Verwirklichung eines besseren Afrika. Es ist normal für jedes Land, Nachbarschaftspolitik in den Vordergrund zu stellen. Südafrika ist aufgrund der Geschichte und der aktuellen Bedingungen aber in einer besonderen Situation. Wir gehören zu den besser entwickelten Wirtschaften auf dem Kontinent. Wir sind heute eine Demokratie auch wegen der unzähligen Opfer, welche andere afrikanische Staaten für uns gebracht haben. Unser Schicksal ist unauslöschlich verbunden mit dem Schicksal des afrikanischen Kontinents. Daher nehmen uns sowohl die Geschichte als auch die Realität in die Pflicht, einen Beitrag zu Entwicklung und Frieden auf dem Kontinent zu leisten.

Das bessere Afrika, das wir durch unsere Außenpolitik suchen, ist eines, in welchem es weniger oder gar keine Konflikte gibt, wo es rundum wirtschaftliche Entwicklung gibt und wo die Werte von Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechten Gestalt annehmen.

Ich betone das, weil es heutzutage allgemein akzeptiert ist, daß es keine Entwicklung ohne Frieden geben kann und keinen Frieden ohne Entwicklung – und weder Frieden noch Entwicklung können erreicht werden ohne den Respekt für Menschenrechte. Das ist die Richtung, in die sich unsere Außenpolitik orientiert und in die wir in den letzten Jahren viel Kraft investiert haben.



Nach dem *Welt-Investment-Report* von 2010 ist Südafrika unter Entwicklungsländern immer noch der größte Investor in Afrika. China kommt erst nach Südafrika. Die Investitionen südafrikanischer Unternehmen im Rest des afrikanischen Kontinents sind verschiedenster Art und nicht nur auf den Rohstoffsektor ausgerichtet. Sie

erstrecken sich von Telekommunikation über Bankwesen, Tourismus, Bauwesen und durchaus auch auf den Bergbau. Unsere Regierung unterstützt diese Diversifizierung, da die Entwicklung des privaten Sektors Arbeitsplätze schafft und daher der Armut entgegenwirkt. Die Tatsache, daß südafrikanische Investitionen in anderen afrikanischen Staaten so flächendeckend sind, zeigt, daß wir Glauben und Vertrauen in die Renaissance unseres Kontinents haben. Wenn wir nicht so großes Vertrauen hätten, würden unsere Investoren vielleicht, so wie andere, sich mehr auf den Rohstoffsektor beschränken.

Südafrikanische EZA

Weiters sind wir dabei, eine südafrikanische Entwicklungsagentur aufzubauen, die *South African Development Partnership Agency (SADPA)*, welche die Triebfeder für Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern, besonders afrikanischen, sein wird. Wir haben schon den *African Renaissance Fund*, dem das Management der südafrikanischen Entwicklungshilfe für Afrika untersteht. Das heißt, über den privaten Sektor hinaus sind wir auch ein Entwicklungspartner.

Hervorheben möchte ich z. B. ein Reisanbau-Projekt, welches wir zusammen mit der dortigen Regierung und mit Vietnam auf einer trilateralen Basis in Guinea Conakry durchführen. Zusammen mit Brasilien und Indien sind wir in einem Entwicklungs- und Landwirtschaftsprojekt in Guinea Bissau engagiert. Oder wir unterstützen eine kubanische Medizin-Brigade in Mali. Ich kann auch noch hervorheben, daß wir in den letzten Jahren die Demokratische Republik Kongo und den Südsudan mit ausgedehnten *capacity building*-Projekten zur Staatsbildung unterstützt haben.

Thabo Mbeki kritisiert

Die Volksaufstände in Nordafrika überraschten uns alle, und die schwierige Entscheidung, vor der wir standen, war: Sollten wir die Demonstrant/inn/en unterstützen oder die Regierungen, deren Rücktritt gefordert wurde?

Diese Entscheidung wurde durch die politischen Einmischungen verschiedener westlicher Länder nicht einfacher gemacht, die das Ergebnis der Aufstände beeinflussen wollten. Hat der Westen sich je ehrlich um genuine Demokratie in Afrika gekümmert, ohne daß Eigeninteressen dahintersteckten?

Im Hinblick auf Tunesien und Ägypten war das Problem nicht so groß. Was wir alle schlußendlich zu tun hatten, war, das Resultat, das von den Völkern dieser beiden Länder erzielt worden war, zu akzeptieren. Was allerdings in Libyen geschah, zeigte viele Bruchstellen im afrikanischen Projekt auf, die bestimmend für dessen Schicksal sein könnten.

Der Aufstand in Libyen begann am 15. Februar. Anders als in Tunesien und Ägypten nahm er fast sofort den Charakter einer bewaffneten Erhebung an, und das Regime Gaddafi flüchtete sich in brutale Gewalt.

Acht Tage danach, am 23. Februar, verurteilte der *African Union Peace and Security Council (AU PSC)* die exzessive Anwendung von Gewalt gegen friedliche Demonstrant/inn/en und erkannte die Hoffnungen des libyschen Volkes auf Demokratie, politische Reform, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung als legitim an. Gleichzeitig wurde die Entsendung einer Mission nach Libyen beschlossen.

Leider war die *African Union* nicht einmal zu dieser begrenzten Aktivität in der Lage. Denn wegen der unzureichenden Kommunikation in Afrika erfuhren viele von uns von dieser Entscheidung erst viele Tage später.

Die internationalen Medien ignorierten die Beschlüsse des AU PSC fast zur Gänze, und die Welt wurde mit dramatischen Fernseh Bildern der Ereignisse in Libyen versorgt. Mit anderen Worten: die African Union und somit die afrikanische Position zu der Frage, was getan werden sollte, um die Krise zu lösen, verpuffte völlig und hatte keinerlei Wirkung.

Am 10. März beschloß der AU PSC die Errichtung eines Komitees, das aus fünf afrikanischen Staatsoberhäuptern bestehen sollte, mit dem Auftrag, sich in die Lösung der Krise einzuschalten und durch Dialog mit den Konfliktparteien in Libyen eine friedliche Beendigung der Krise zu erzielen. Gleichzeitig wurden militärische Interventionen von außen in jedweder Form abgelehnt.

Aber eine Woche später beschloß der UN-Sicherheitsrat seine Resolution 1773, in der genau jene von Afrika abgelehnte Militärintervention enthalten war.

Libyenpolitik der UNO

Die African Union hatte – wie es ja sein sollte – die ersten Vorschläge gemacht, wie mit der libyschen und somit afrikanischen Krise umgegangen werden sollte. In der Realität jedoch ignorierte der UN-Sicherheitsrat diese afrikanischen Vorschläge vollkommen. Das wurde noch unterstrichen durch die Weigerung der UNO, einen Besuch des AU-Komitees in Tripolis und Benghazi zu erlauben. Für die afrikanischen Vermittler bestand somit die Gefahr, in Libyen abgeschossen zu werden!

Die Marginalisierung Afrikas bei der Suche nach einem Ausweg für Libyen nahm keinerlei Rücksicht auf den Umstand, daß der Ausgang der Krise sich langfristig auf die Zukunft des Kontinents auswirken wird, vor allem auf die Länder in Nordafrika und in der Sahelzone wie den Sudan, Tschad, Niger und Mali, während die Länder des Westens wenig betroffen sein werden.

Niemand weiß, wie viele Libyer/innen durch den anhaltenden Bürgerkrieg und die zunehmende militärische Intervention des Westens getötet oder verletzt werden. Denn die Möglichkeit für die Parteien in Libyen, sich zusammzusetzen und über ihre Zukunft zu entscheiden, wurde nicht genutzt. Es scheint fast sicher, daß auf viele Jahre hinaus Libyen unsicher und instabil bleiben wird, wer auch immer aus dem Konflikt „siegreich“ hervorgehen wird.

Und tragischerweise werden auch Afrikas Bemühungen seit den 1990er Jahren, seine Zukunft unabhängig als die eines Kontinents von Demokratie, Frieden und Stabilität mit gemeinsamer Entwicklung und Wohlstand zu gestalten, dieser Entwicklung zum Opfer fallen.

Die Länder des Westens haben durch den UN-Sicherheitsrat in ihrer überwältigenden Macht Afrika die Botschaft übermittelt, daß sie wie eh und je entschlossen sind, die Zukunft Afrikas zu gestalten, was auch immer die Ansichten der Afrikaner/innen selbst sein sollten – wie es in den Jahren der kolonialen Beherrschung unseres Kontinents der Fall war.

Es sollte einen nicht wundern, wenn im Lauf der Jahre die Völker Afrikas ihr Vertrauen in den Willen der multilateralen Institutionen, wie der UN, verlieren, ihnen bei der Verbesserung ihrer Situation zu helfen. Denn wir werden zu der Erkenntnis kommen, daß mächtige Länder jenseits des Ozeans sich das Recht vorbehalten und auch die Möglichkeit dazu haben, ohne Rücksicht auf uns Afrikaner über das Schicksal Afrikas zu entscheiden.

Seiner eigenen Möglichkeiten zum Handeln beraubt, wird Afrika anhaltendem Konflikt und neuer Instabilität zum Opfer fallen. Wird es paradoxerweise so sein, daß der Aufstand in Libyen, der eine demokratische Transformation auf seine Fahnen schrieb, auch das Erlöschen des Traums von der afrikanischen Renaissance markiert?

Seit 1994 haben wir in aktivem Engagement auch Lösungen zur Friedensstiftung auf dem Kontinent angeboten. Unter der Schirmherrschaft der *Southern African Development Community (SADC)* und der *African Union (AU)* war Südafrika an mehreren friedensstiftenden Initiativen auf dem afrikanischen Kontinent beteiligt. Eine davon war Burundi 1994. Ich kann Ihnen versichern: Ohne die Intervention der AU und ohne die verschiedenen Initiativen von Seiten Südafrikas, inklusive einer Mediation, wäre Burundi nicht da, wo es heute ist. Ein ähnlicher Fall war Darfur, wo die AU die erste Initiative ergriffen hat, als die UNO noch nicht eingreifen konnte. Die Mission in Darfur entwickelte sich schließlich in eine gemeinsame AU/UN-Mission. Auch Südafrikas Rolle im Friedensprozeß in der Demokratischen Republik Kongo ist gut dokumentiert, von der Mediation bis zur Friedensstiftung.



Außenministerin Maite Nkoana-Mashabane mit Stellvertretern Ebrahim Ebrahim und Sue van der Merwe

Wenn wir heute die Entwicklung in Côte d'Ivoire verfolgen, so sollten wir uns erinnern, daß einer der fundamentalen und komplexen Gründe für den Konflikt die ungelöste historische Frage nach der Identität ist. Wer ist Ivorianer? Ich wage zu behaupten, daß diese sehr wichtige Frage durch südafrikanische Mediation gelöst worden ist. Das war nicht das einzige Problem

in dem Konflikt, gemessen daran, wieviel Zeit es noch brauchte, bis wir da waren, wo wir heute sind. Aber hier ist eine Kernfrage gelöst worden, die die



Zuma auf Staatsbesuch in Lesotho (mit Premierminister Pakalitha Mosisili, li)

weiteren Lösungen ermöglichte. Es war die Beseitigung dieses Kernhindernisses, welches es Herrn Ouatarra erlaubte, als Präsidentschaftskandidat aufzutreten.

Natürlich gibt es in einigen Fragen auch keine gemeinsamen Positionen, so zum Beispiel hinsichtlich der Westsahara. Hier ist die AU etwa 50:50 gespalten, was die Anerkennung der Polisario betrifft. Uns in Südafrika liegt dieses Thema sehr am Herzen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Menschen in der Westsahara das Selbstbestimmungsrecht bekommen sollten. Leider ist Afrika bei diesem Thema aber gespalten.

Südafrika für Polisario

Wir bedauern im übrigen, daß nach so vielen Jahren noch immer kein anhaltender Frieden im Nahen Osten zu verzeichnen ist, besonders im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Wir sind überzeugt, daß das palästinensische Volk seinen eigenen Staat verdient, um Seite an Seite und in Frieden mit Israel zu leben. Wir haben eine sehr klare öffentliche Position betreffend die Notwendigkeit eines palästinensischen Staates.

Zur Situation in Nordafrika: Wir glauben, daß die Bewegungen in Nordafrika, in denen die Menschen ihre demokratischen Rechte einfordern, unterstützt werden müssen. Die Menschen in Nordafrika haben sich erhoben, um Themen auf den Tisch zu legen, die schon seit vielen, vielen Jahren unter der Oberfläche akut waren. All die Präsidenten und Regierungschefs, die jetzt abgesetzt sind, wurden sowohl von den Europäern, als auch von den Afrikanern jahrelang in gleicher Weise eingeschätzt. In Ägypten z. B. gab es nicht lange vor der Revolution Wahlen. Die Regierung sagte, diese Wahlen hätten gezeigt, wie populär die Regierung und die regierende Partei wären. Nur wenige Wochen nach diesen Wahlen sagten aber die Menschen, die sich auf dem Tahrir-Platz versammelten, das Gegenteil! Also gab es in diesen Ländern offensichtlich Unstimmigkeiten unter der Oberfläche. Die grundsätzliche Frage hier ist, daß bestimmte Themen zu lange Zeit nicht in Angriff genommen wurden.

In diesem Kontext steht für mich auch Libyen. Südafrika unterstützt die Bewegung für Demokratisierung von Ländern in Nordafrika. Wir sind ja auch Mitglied des Sicherheitsrates, wir sind auch in der AU aktiv, wie Sie an den Mediationsbemühungen von Präsident Zuma sehen können. Wir glauben, daß sich dieser Konflikt nicht militärisch wird lösen lassen. Für uns in Südafrika ist von Bedeutung, daß jetzt, wo der Prozeß in Gang gekommen ist, der politische Wille der Bevölkerung reflektiert sein sollte. Wenn es in Libyen der Wille des Volkes ist, daß Gadaffi nicht an der Macht bleibt, dann werden wir das unterstützen.

Eine der Hauptsäulen unserer Außenpolitik ist regionale Integration. Aus den Erfahrungen in Europa

und anderen Regionen konnten wir lernen, daß regionale Integration Dividenden für den Frieden, die Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung abwirft. Aus diesem Grund sind wir verpflichtet, mit unseren Nachbarn zusammenzuarbeiten. Wir bemühen uns um regionale Integration, da wir alle kleine Länder sind und zusammen einen respektablen Wirtschaftsraum bilden können. Wir müssen die SADC stärken. SADC rühmt sich der Kooperation und Harmonisierung der politischen Strategien seiner Mitgliedsländer in einer breiten Palette von Sektoren wie Handel, Umwelt, Frieden und Sicherheit. Und SADC spielt auch in der Lösung von Friedens- und Sicherheitsfragen in der Region eine aktive Rolle.

Hinsichtlich von Zimbabwe, wo wir uns um Mediation bemühen im Rahmen unserer Politik, Frieden in die Region zu bringen, stehen wir unter dem Mandat der SADC. Wir wünschen uns, daß die Parteien in Zimbabwe, inklusive die Regierung, zum *Global Political Agreement* stehen. So, wie die Wahlen derzeit von den zimbabwe'schen Führern angekündigt wurden, stehen sie nicht im Einklang mit der im Abkommen vereinbarten Vorgehensweise. Natürlich kann die Regierung in Zimbabwe dazu ihre eigene Meinung haben, aber sie ist der SADC gegenüber verpflichtet. Von Seiten Südafrikas fordern wir im Rahmen der SADC die Einhaltung des Abkommens ein. Wenn dann aber die Zeit für Wahlen in Zimbabwe kommt, nachdem die Diskussion über die Verfassung etc. abgeschlossen ist, müssen sie dann übereinstimmen mit dem SADC-Protokoll für Wahlen. Wir haben immer wieder öffentlich klar gemacht, daß Wahlen in Zimbabwe unter fairen und freien Konditionen stattfinden müssen. Es gibt freilich auch Frustration bezüglich der Opposition, welche ebenso Ideen zu Wahlen einbringt, die nicht

mit dem Abkommen übereinstimmen. Das Mediationsteam von Präsident Zuma ist täglich in Kontakt mit den Autoritäten in Zimbabwe und versucht, friedliche Lösungen zu finden. Ich denke, die Verantwortlichen in Zimbabwe sollten inzwischen einige Lektionen gelernt haben. Ich denke, kein Land auf der Welt würde weitermachen wollen mit illegitimen Autoritäten, um die es viele offene Fragen gibt.

Wir betrachten überregionale Organisationen wie die SADC auch als Plattformen für weitere Zusammenarbeit unter der Afrikanischen Union. Daher ist es auch ein vorrangiges Ziel Südafrikas, die AU zu stärken. Die Afrikanische Union hat seit ihrer Gründung im Jahr 2000 viel dazu getan, ein neues Denken und neue Werte auf dem afrikanischen Kontinent zu etablieren. Ich freue mich, daß beim letzten Treffen der Staatsoberhäupter die Frage, welche gemeinsamen Werte teilen wir als Afrikaner/innen, im Vordergrund stand. Länder, welche Integration ausweiten wollen, können das nicht in einer abstrakten Art tun. Es muß gemeinsame Werte geben, für die es regionale Kohärenz gibt und auf denen die Integration basiert. Die Idee stärkerer afrikanischer kontinentaler Integration ist nicht neu – es war eine Vision unserer Vorfahren, wie Kwame Nkrumah, Julius Nyerere, Nnamdi Azikiwe und vieler anderen. Selbst damals wußten diese strengen Vorkämpfer, daß kontinentale Integration erst die Basis ist, um die Myriarden an Aufgaben aufzugreifen, vor denen Afrika steht.

die Afrikanische Union hat schon viele progressive Schritte getätigt, die einige Jahrzehnte zuvor undenkbar gewesen wären. Zum Bei-

spiel wurden Länder ausgeschlossen, deren Führung ohne verfassungsrechtliche Legitimation an die Macht gekommen ist. Das ist nicht bloß ein symbolischer Akt, sondern ein Schritt zur Festigung der gemeinsamen Werte, von denen ich zuvor gesprochen habe. Heute haben wir auch den *AU Peace and Security Council (AUPSC)*, eine Organisation afrikanischer Staaten, die aktiv afrikanische Konflikte lösen soll und kann. Südafrika hat seine erste Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat dazu genutzt, um eine



Verstärkte Zusammenarbeit mit China, Brasilien, Rußland und Indien

Initiative voranzutreiben, welche die Kontakte zwischen dem Sicherheitsrat und AUPSC verbessert. Wir haben auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die UN regionale Organisationen finanziell unterstützen müssen, wenn diese friedensstiftende Maßnahmen setzen, welche die allgemeinen Ziele des Sicherheitsrates fördern. Die ersten positiven Ergebnisse davon konnten wir beobachten, als dieser ein Hilfspaket für die afrikanische Mission in Somalia bewilligte. Ein besseres Afrika muß also auch charakterisiert sein durch Staaten, welche Menschen an vorderste Stelle setzen – wo Konflikte drastisch vermindert oder zum Verschwinden gebracht werden, ein Afrika, in welchem wir unsere Wirtschaft entwickeln, die Vorteile des Fort-

schritts in Wissenschaft und Technologie voll nützen, ein Afrika, welches seinen Bürger/inne/n Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge bietet. Und ein Afrika, das nicht ein passiver Zuschauer, sondern ein *global player* ist.

Es ist Teil unserer Außenpolitik, daß wir Afrika als einen global player in Weltangelegenheiten sehen wollen. Trotz der Herausforderungen, die wir in Afrika haben, macht der Kontinent gute Fortschritte und hat viel Potential zu bieten. Der McKinsey-Report 2010 mit dem Titel: „Löwen unterwegs“ sagt über Afrika unter anderem, daß das nachhaltige Wirtschaftswachstum im subsaharischen Afrika das Ergebnis verbesserter politischer und makroökonomischer Stabilität ist, einer starken Unterstützung des privaten Sektors und von Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Mehr und mehr afrikanische Länder halten freie und faire Wahlen ab – es gibt hier noch Aufgaben zu lösen, aber diese demokratische Norm setzt sich zunehmend durch.

die Welt ist heute mit komplexen Anforderungen konfrontiert, welche kein Land allein bewältigen kann. Die Auswirkungen einiger dieser Probleme sind von Haus aus grenzüberschreitend und erfordern Zusammenarbeit verschiedener Länder. Daher ist Südafrikas Außenpolitik auch von einem starken Glauben an Multilateralismus geprägt. Für uns ist das nicht eine Wahl, sondern eine Notwendigkeit. Weiters glauben wir, daß die UNO darin eine wesentliche Rolle spielen muß. Wir glauben an dieses System, weil wir über-

Regionale Integration wichtig

Südafrika – ein „global player“?

zeugt sind, daß es der internationalen Gemeinschaft großen Nutzen gebracht hat. Es hat uns ermöglicht, Standards und Regeln aufzustellen, welche unsere Welt zu einem vorhersehbareren Ort machen. Auch grundlegende Werte, die der Menschheit gemeinsam sind, wie etwa die Menschenrechte, wurden durch dieses multilaterale System durchgesetzt. Die Entwicklung von internationalem Recht hat sichergestellt, daß unsere Welt durch Gesetze regiert wird.

Gerade hier in Wien ist zu betonen, wie wichtig Multilateralismus in Hinblick auf Abrüstung ist. Wir sind stolz, das erste Land zu sein, das freiwillig sein Atomwaffenprogramm aufgelöst hat. Stattdessen legen wir den Fokus zunehmend auf die friedliche Nutzung von Kernenergie.

Südafrika hat seine Verbindlichkeit gegenüber dem Multilateralismus nicht nur durch aktive Teilnahme an UN-Aktivitäten, sondern auch als Gastgeber für bedeutende Konferenzen bewiesen, z.B. für den *World Summit on Sustainable Development*, welcher im Jahre 2002 in Johannesburg stattfand.

Im November 2011 werden wir die 17. UNO-Klimakonferenz abhalten. Wir hoffen daß COP 17 dazu beiträgt, daß die internationale Gemein-

schaft wichtige Schritte setzt, um die Probleme des Klimawandels zu bewältigen.

Obwohl Südafrika an die Vereinten Nationen glaubt, ist uns auch bewußt, daß sie, wie auch andere globa-

le Institutionen, dringenden Reformbedarf haben. Der Sicherheitsrat ist immer noch eine wichtige Institution mit ernster Verantwortung, spiegelt derzeit aber nicht die Realität der Welt von heute wider. Im Speziellen sind wir dadurch irritiert, daß unter den ständigen Mitgliedern kein einziges aus Afrika ist. Diese Zusammensetzung ist ein Anachronismus. Nach Meinung Südafrikas sollte es mehr permanente und vorübergehende Mitglieder geben, um die heutige Welt zu



Zuma mit Präsident Medwedjew in Rußland

repräsentieren. Wir haben als ein neues permanentes Mitglied eines reformierten Sicherheitsrates uns selbst vorgeschlagen. Wir sind überzeugt, wir haben die Kapazität und Fähigkeit dazu. Unsere Friedensarbeit seit 1994 ist ein deutlicher Indikator dafür. Daher engagieren wir uns zusammen mit anderen Ländern weiter für eine Reform von Institutionen globaler Governance. Internationale Organisationen wie die Weltbank, der IWF und die Vereinten Nationen wurden alle nach dem 2. Weltkrieg gegründet. Sie repräsentierten die Interessen jener Länder, die zum Zeitpunkt der Gründung Mitglied waren.

Daher arbeitet die südafrikanische Außenpolitik auch mit anderen Ländern zusammen, um das gegenwärtige System globaler Governance zu

reformieren, um sie dadurch stärker, effektiver, repräsentativer und demokratischer zu machen.

heute machen Staaten Außenpolitik im Kontext einer multidimensionalen Welt, einer Welt, die ganz anders aussieht als noch vor einigen Jahrzehnten. In einer Welt, die es erfordert, daß Staaten in verschiedenen und mehrfachen Formationen kooperieren. Während ein Land mit einer Gruppe von Ländern bei der Verfolgung bestimmter Ziele übereinstimmen mag, kann es bei anderen Zielen mit anderen Ländern kooperieren müssen. Das trifft auch im Fall Südafrikas zu.

In den letzten 17 Jahren haben wir verschiedenste Gemeinschaften und Partnerschaften gebildet, um unsere Außenpolitik zu verfolgen. Die jüngste davon ist BRICS. Diese Woche wurde Südafrika zum ersten Mal zur Teilnahme nach China eingeladen. Aus BRIC wird durch unsere Teilnahme jetzt BRICS. BRICS repräsentiert einige der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsräume der Welt. Obwohl Südafrika im Vergleich zu den anderen BRICS eine kleine Wirtschaft hat, bringen wir dieser Formation einen Mehrwert. Südafrika ist das Tor zum afrikanischen Kontinent – und wir treten BRICS nicht bloß als Tor zu Afrika bei, sondern auch mit unseren eigenen Verankerung in diesem Raum.

Südafrika ist auch Mitglied der G20, einer Organisation, die zur Bewältigung der globalen Finanzkrise wichtige Schritte gesetzt hat. Die G20 hat gezeigt, daß es möglich ist, jene globalen Institutionen zu reformieren, von denen ich gesprochen habe. Durch die Arbeit der G20 konnten wir gewisse Reformen erleben sowohl in der Weltbank als auch im IWF. Im IWF haben einige europäische Staaten eingewilligt, bestimmte Posten zugunsten

Reform der UNO wichtig

der erwähnten Länder abzugeben. In der Weltbank haben wir jetzt einen Sitz für das subsaharische Afrika. Die G20 hat also in den wenigen Jahren seiner Existenz zeigen können, daß etwas getan werden kann, um diese internationalen Institutionen zu reformieren.

Wie schon erwähnt, erfordert eine multidimensionale Außenpolitik, daß ein Land Partnerschaften mit Ländern um den ganzen Globus sucht. Daher wollen wir auch unsere Beziehungen mit den Ländern Europas und Nordamerikas stärken.

Diese Länder zählen nach wie vor zu den wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartnern Südafrikas. Südafrika gehört zu den wenigen Ländern, die eine Strategische Partnerschaft mit der EU haben. Das ist ein Zeichen für eine tiefe Beziehung, ein Zeichen für eine Beziehung, welche für beide Seiten wichtig ist. Wir hoffen sehr, daß auch die Vereinbarungen in den *Eco-*



Das neue Außenministerium in Pretoria

conomic Partnership Agreements beiden Seiten zum Vorteil gereichen können.

Xolisa Mabhungo ist südafrikanischer Botschafter in Österreich, der Slowakei und Slowenien. Übersetzung: Eva Rauter.

Website des südafrikanischen Department of International Relations and Cooperation: www.dirco.gov.za

...spektrum...

Kommunalwahlen in Südafrika.

Mit der höchsten Wählerbeteiligung bei Lokalwahlen in der Geschichte des Neuen Südafrika und zugleich einem leichten Dämpfer für den regierenden *African National Congress* endete der mit Spannung erwartete Wahlgang am 27. Mai 2011. Im Vorfeld war in zahlreichen Gemeinden und nicht zuletzt von gewerkschaftlicher Seite heftige Kritik an schlechten öffentlichen Leistungen und an der wachsenden Korruption laut geworden. Die Verluste des ANC fielen nun zwar geringer aus als erwartet, dennoch läuten in der Regierungspartei nunmehr die Alarmglocken.

Mit 57,6% lag die Wahlbeteiligung diesmal weit über den 48,4% des Jahres 2008, was auf die Mobilisierung von Wähler/inne/n sowohl auf Seiten des ANC als auch auf jener der Opposition zurückzuführen ist. Nach den Endresultaten, die von der *Independent Electoral Commission of South Africa (IEC)* veröffentlicht wurden, gewann der ANC mehrheitlich 198 Gemeinderäte mit insgesamt 5.633 Sitzen, was 62% der abgegebenen Stimmen entspricht (2006 hatte der Anteil knapp 67% betragen). Die wirtschaftsliberale *Democratic Alliance* landete auf dem zweiten Platz mit 18 Gemeinderäten, 1.555 Sitzen und einem Stimmenanteil von 23,9% (im Vergleich mit 2006 eine Steigerung um fast zehn Prozent). Weit abgeschlagen dahinter landeten die *Inkatha Freedom Party (IFP)* und der *Congress of the People (COPE)*, der seit seinem Hype vor den letzten Parlamentswahlen 2009 praktisch auseinandergebrochen ist.

Die Vorsitzende der IEC, Dr. Brigalia Bam, hob in ihrer ersten Stellungnahme den demokratischen und störungsfreien Charakter dieser vierten

Kommunalwahlen in Südafrika seit dem Ende der Apartheid hervor. Vor allem die gestiegene Wahlbeteiligung sei ein Zeichen dafür, daß demokratische Mitbestimmung unter der südafrikanischen Bevölkerung Fuß gefaßt hätte. Staatspräsident Zuma versprach die stärkere Berücksichtigung lokaler Angelegenheiten in der zukünftigen Regierungstätigkeit. Das Wahlergebnis wurde von allen 63 beteiligten politischen Parteien akzeptiert.

Mit Ausnahme von Kapstadt konnte der ANC seine Mehrheit in den großen Städten mehr oder weniger halten. In Tshwane (Pretoria) erhöhte die Regierungspartei ihren Anteil auf insgesamt 64,21 Prozent, die DA kam auf 39,05%. In eThekweni (Durban) entfielen auf den ANC 61,5% und auf die DA 21%, während die IFP hier mit mageren 4,16% sogar von der ebenfalls rechtsgerichteten *Minority Front* überholt wurde (in der lange von der IFP monopolisierten Provinz KwaZulu-Natal konnte der ANC sein Stimmopotential gegenüber 2006 beinahe verdoppeln!). In Johannesburg sprachen sich 59% für den ANC aus, 35% für die DA.

Kapstadt bleibt weiterhin die einzige von der Democratic Alliance regierte Provinzhauptstadt (60,1% DA gegenüber 32,8% ANC). Dies wird von Beobachter/inne/n teils auf die gute Kommunalverwaltung, teils auf die nachhaltigen politischen Probleme des ANC mit der mehrheitlich farbigen Bevölkerung zurückgeführt (vgl. S. 15 in diesem Heft). Resultate im Detail: <http://www.elections.org.za>.

Mandelas Weggefährtin Albertina Sisulu gestorben. Eine der bekanntesten Kämpferinnen gegen die Apartheid in Südafrika und enge Weggefährtin Nelson Mandelas, Albertina Sisulu, ist tot. Wie die Nachrichtenagentur SAPA unter Berufung auf eine

Tochter Sisulus berichtete, starb die 92-Jährige in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni in ihrem Haus nördlich von Johannesburg. Mandelas Familie bezeichnete die Menschenrechtlerin in einer Erklärung als „Säule der Bewegung in ihrer schwierigsten Zeit“, als sowohl Mandela als auch Sisulus 2003 verstorbener Ehemann Walter Sisulu im Gefängnis saßen.



Albertina Sisulu mit Nelson Mandela und Thabo Mbeki

Während Mandelas Haftzeit hatte sich „Mama“ Sisulu, eine Cousine von Mandelas erster Frau Evelyn, unter anderem um die Kinder des heute 92-Jährigen gekümmert. Sie stand dem Friedensnobelpreisträger und ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas bis zuletzt sehr nah. Zwischen den Familien Sisulu und Mandela habe es „über Generationen hinweg eine enge Verbindung“ gegeben, teilte Mandelas Familie weiter mit. Sisulu sei „die Mutter unseres Freiheitskampfes in Südafrika“ gewesen. Präsident Jacob Zuma erklärte in einer Stellungnahme, Südafrika sei Sisulu auf ewig dankbar. Sie sei „eine der letzten großen Figuren“ des Kampfes gegen die Apartheid gewesen.

Fortschritt bei der Aidsbekämpfung. Südafrika hat es einer Studie zufolge geschafft, die Aids-Übertragung von Müttern auf ihre Babys fast vollständig auszumerzen. In einer Untersuchung von mehr als 3.100 Neugeborenen von HIV-positiven Müttern

habe in 96,5 Prozent der Fälle keine Infektion der Kinder festgestellt werden können, teilte das Gesundheitsforschungsinstitut Anfang Juni mit. Nach Angaben von Institutschefin Ameena Goga handelte es sich bei der in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres vorgenommenen Untersuchung um die erste Studie, die flächendeckend alle neun Provinzen Südafrikas erfaßte. Die Häufigkeit von HIV-Infektionen bei den Müttern war dabei sehr unterschiedlich: Während in der dünn besiedelten Provinz Northern Cape 15,6 Prozent der Frauen betroffen waren, lag die Quote in KwaZulu-Natal bei 43,9 Prozent.

Die Studie soll nun im laufenden und kommenden Jahr wiederholt, die Kinder sollen bis zu ihrem 18. Monat regelmäßig untersucht werden. Im vergangenen Jahr hatte Südafrika neue Vorschriften zur Aids-Behandlung eingeführt, besonderes Augenmerk gilt dabei HIV-positiven schwangeren Frauen.

Gewalt gegen Homosexuelle in Südafrika. 83 Länder haben in einer gemeinsamen Erklärung die internationale Gemeinschaft aufgefordert, wegen sexueller Orientierung verübten Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen. In der am Ende März dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf vorgelegten Erklärung heißt es, die anhaltende Gewalt in diesem Zusammenhang sei besorgniserregend. Sie reiche bis zu Vergewaltigungen, Folter und Mord. Zu den Unterzeichnerstaaten gehören auch sechs afrikanische Länder: Guinea-Bissau, Rwanda, die Seychellen, Sierra Leone, Südafrika (das den Antrag einbrachte) und die Zentralafrikanische Republik.

Im Jänner hatte die Ermordung des ugandesischen Schwulenaktivi-

sten David Kato international Empörung ausgelöst. Kato war für die Aktivistengruppe *Sexuelle Minderheiten* in Uganda aktiv. In Südafrika werden unterschiedliche sexuelle Orientierungen von der Verfassung als legitim anerkannt. Medien berichteten dessen ungeachtet immer wieder von brutalen Übergriffen vor allem gegen junge lesbische Frauen.

Diskussion um US-Supermarkt und Wirtschaftspolitik. Südafrikas Starkarikaturist *Zapiro* zeichnete (in der *Times* vom 2. Juni) die Manager des US-Konzerns *Wal-Mart* so, wie sie von vielen im Land gesehen werden: In den Gewändern der niederländischen Kolonialisten, die vor etwa 360 Jahren am Kap landeten. Für die Afrikaner/innen bedeutete das den Beginn einer Geschichte von Rassendiskriminierung und Unterdrückung.

Auch der Versuch des größten Einzelhandelsunternehmens der Welt, in Südafrika – und potentiell in ganz Afrika – Fuß zu fassen, wird von vielen als eine Art „imperialistischer Akt“ interpretiert. „Die Risiken für unsere Produzenten sind größer als die Vorteile von billigeren Produkten“, sagt der Generaldirektor des Handels- und Industrieministeriums, Lionel October.

Also erwägen Regierung und Gewerkschaften noch einen letzten juristischen Abwehrversuch gegen den Einstieg des US-Giganten in Südafrika. Allerdings weiß auch die Regierung von Präsident Jacob Zuma, daß dies dem Land erheblichen Schaden zufügen könnte. Denn Wal-Marts Vorstoß gilt als Testfall für die Bereitschaft Südafrikas, weiter ausländische Direktinvestitionen zuzulassen.

Die nationale Wettbewerbsbehörde gab Wal-Mart Anfang Juni grünes Licht: Für 16,5 Mrd. Rand (1,7 Mrd. Euro) darf der US-Konzern 51 Prozent an der südafrikanischen Supermarkt-

Kette *Massmart* erwerben. *Wal-Mart* verspricht „*Dutzende neuer Geschäfte und tausende neuer Arbeitsplätze*“. Selbstverständlich werde *Wal-Mart* – wie überall in der Welt – vor allem einheimische Produkte anbieten, versicherte Unternehmenschef Doug McMillon. „*Wir wollen so schnell wie möglich Vertrauen schaffen.*“

Aber Südafrikas Gewerkschaften und die Regierung sorgen sich um Arbeitsplätze und Mittelstand. Die Kartellbehörde hatte die Hoffnungen auf scharfe Auflagen für den US-Konzern enttäuscht. Dieser wurde lediglich verpflichtet, einer zweijährigen Arbeitsplatzgarantie zuzustimmen, die bestehenden Tarifvereinbarungen drei Jahre lang zu respektieren und die Gewerkschaften als Kollektivvertragsverhandlungspartner zu akzeptieren.

„*Wir trauen der Entscheidung nicht*“, erklärte enttäuscht Gewerkschaftsführer Bones Skulu (*Saccawu*). Denn das Gericht hatte *Wal-Mart* nicht dazu angehalten, 500 im letzten Jahr entlassene *Massmart*-Mitarbeiter wieder einzustellen oder sich zur bevorzugten Abnahme südafrikanischer Produkte zu verpflichten. Das aber hatten

ka südlich der Sahara beginnen zu können. *Wal-Mart*, das mit seiner Expansion in Ländern wie Deutschland und Rußland gescheitert ist, wird dank *Massmart* und seiner Töchter Präsenz in 14 afrikanischen Staaten haben. Afrika gilt dank der Wachstumsraten der Wirtschaft in der letzten Dekade von durchschnittlich etwa fünf Prozent als lukrativer neuer Markt – zumal es auf dem Kontinent nur wenige moderne Supermärkte gibt.

Noch droht *Wal-Mart* neues Ungemach von den mächtigen Gewerkschaften, die mit Massenprotesten und einem Boykottaufruf gedroht haben. „*Wir werden mit der Anti-Wal-Mart Koalition vor Gericht gehen und anderes tun*“, drohte zornig der Generalsekretär der Nahrungsmittel-Gewerkschaft *Fawu*, *Katishi Masemola*.

Südafrika Unternehmerverbände allerdings sind erleichtert. Sie klagen seit Jahren über eine „unternehmerfeindliche“ Politik der Regierung. Kritisiert werden vor allem strenge Arbeitsschutzgesetze, hohe Mindestlöhne und investitionsfeindliche Vorschriften. Das verhindere die Schaffung neuer Arbeitsplätze – obwohl Südafrika unter Massenarbeitslosigkeit leidet. Offiziell liegt die Arbeitslosenrate bei über 25 Prozent.

Eine Zurückweisung *Wal-Marts* würde ihrer Ansicht nach dem Ansehen des Wirtschaftsstandorts Südafrika sicher schaden. „*Südafrika muß aufpassen, daß es bei ausländischen Investitionen in Afrika nicht*

übergangen wird“, warnte die Wochenzeitung *Mail&Guardian*. Tatsächlich wurde in Südafrika in den vergangenen Jahren weniger stark investiert

als in den großen Vorbildern Pretorias – den neuen Partnern im Rahmen der BRICS-Gruppe, den aufstrebenden Schwellenländern Brasilien, Rußland, Indien und China.

Diskussion um Olympia 2020.

Sportminister *Fikile Mbalula*, ein Vertreter des populistischen Flügels im ANC, hält an seiner Forderung fest, Südafrika solle sich für die Abhaltung der Olympischen Spiele im Jahr 2020 bewerben. Damit steht er im Gegensatz zu einer Regierungsentscheidung vom 25. Mai d. J., das dafür notwendige Budget (allein für die Bewerbung etwa 50 Mio. US-\$) für Programme zur Armutsbekämpfung zu verwenden.

Die Entscheidung spiegelt vielleicht auch eine zunehmende Erkenntnis in offiziellen Kreisen wider, die erfolgreich abgehaltene Fußball-WM 2010 habe Südafrika zwar weltweite Popularität, jedoch weit weniger wirtschaftlichen Ertrag gebracht als erhofft. Kandidatenstadt für die Olympiade, sollte das Kabinett seine Entscheidung revidieren, wäre *Durban*. Bewerbungen müssen beim *Internationalen Olympischen Komitee* bis zum 1. September eingebracht werden; die Entscheidung soll 2013 in *Buenos Aires* fallen.

Erstmals Herero-Königin in Namibia.

Nach dem Selbstmord ihres Sohnes wurde am 30. April in *Otjijjarua* (*Omaheke*) mit *Aletta Nguvauva* erstmals eine Frau zur *Paramount Chieftainess* der *Ovambanderu* („grüne Herero“) gewählt. Wie ein Sprecher mitteilte, erfolgte ihre Wahl auf Basis einer einstimmigen Empfehlung des *Supreme Council* der *Ovambanderu*. Allerdings ist ein Nachfolgekonflikt zwischen dem verstorbenen Regenten und seinem Halbbruder, dem stv. Fischereiminister *Kilus Nguvauva*, noch immer gerichtsanhängig.



die Gewerkschaften gefordert.

Das Unternehmen aus Arkansas hofft nun endlich mit seiner seit einem Jahr geplanten Groß-Offensive in Afri-

Für eine Verhandlungslösung in Libyen

Walter Sauer und Astrid Esterlus sprachen am 1. Mai 2011 in Wien mit dem Außenminister Namibias, Utoni Nujoma, über Prioritäten und Aktivitäten der namibischen Außenpolitik.

Welches sind die aktuellen Prioritäten der namibischen Außenpolitik? Was lag auf Ihrem Schreibtisch, als Sie Windhoek verließen?

Lassen Sie mich erst sagen, daß unser Grundgesetz, die namibische Verfassung, Namibia als einen demokratischen Staat konstituiert auf der Basis von Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit. In diese unsere Verfas-

internationaler Konflikte mit friedlichen Mitteln ein. Das alles ist sehr wichtig, es ist sozusagen der Ausgangspunkt unserer Außenpolitik.

Nun, Sie fragen mich also, mit welchen Materien ich mich beschäftigte, als ich Namibia verließ. Wie Sie wissen, gibt es viele Demonstrationen im arabischen Norden, es gibt die Entwicklungen in Nordafrika usw. Wir sind ein aktives Mitglied der African Union und ebenso des Peace and Security Councils der African Union. Von hier haben wir das Mandat, überall für eine friedliche Konfliktlösung einzutreten. Wir tun das im Rahmen der AU, aber auch im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Bewegung der Blockfreien oder im Rahmen von SADC. Auch hinsichtlich dessen, was in Nordafrika geschieht, setzen wir uns für eine friedliche Beilegung von Konflikten ein.

Wenn Menschen friedlich demonstrieren, dann ist das ok. Aber wenn Demonstrationen auch zu Waffen greifen – da würde ja keine Regierung ruhig bleiben und es tolerieren, daß Polizisten getötet werden, Eigentumswerte zerstört werden usw. Keine Regierung würde ruhig bleiben und zuschauen, wie sich Chaos entwickelt. Man wird versuchen, das Problem friedlich zu lösen, aber wenn die

Situation eskaliert, dann kommen Organisationen wie die African Union ins Spiel, um in dem Konflikt zu vermitteln.

Sie beziehen sich auf die Situation in Libyen. Welche Position hat Namibia dazu?

Wir stehen auf Basis der Resolution der African Union. Der Peace and Security Council evaluierte die Situation, und wir wollten eine Mission nach Libyen senden, als die Gewalt begann, als die Situation außer Kontrolle geriet. Wir bevollmächtigten einige Mitgliedsländer des Peace and Security Council – wie Südafrika, Mauretanien, Mali, Tschad und andere – sich so rasch als möglich nach Libyen zu begeben und zumindest zu versuchen, eine gütliche Lösung zu erzielen. Als sie sich in Nouakchott darauf vorbereiteten, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat leider diese Resolutionen, 1970 und 1973, hinsichtlich der Flugverbotszone und des Schutzes der Zivilisten. Wir als African Union hatten das Gefühl, daß uns seitens mächtiger internationaler Instanzen nicht genügend Zeit gegeben wurde, um eine gütliche Lösung zu finden. Die Resolutionen wurden verabschiedet und die Bombardements begannen. Also konnte unsere Mission nicht starten. Wir entsendeten eine zweite Delegation, sie kamen letztendlich nach



Utoni Nujoma, Walter Sauer und Astrid Esterlus

sung ist auch unsere Außenpolitik eingebunden. Unsere Außenpolitik ist nicht-paktgebunden, sie fördert internationalen Frieden und Sicherheit, bemüht sich um die Schaffung von gerechten und beiderseits vorteilhaften Beziehungen, fördert Respekt vor dem Völkerrecht und vor vertraglichen Verpflichtungen und tritt für die Beilegung

Libyen und trafen sich mit den beiden gegnerischen Seiten, also mit den Rebellen und mit dem Regime Gaddafi. Leider lehnten die Rebellen einen Kompromiß ab. Also aus namibischer Perspektive gesprochen, möchten wir eine friedliche Lösung. Jetzt nämlich, da sie unterschiedslos alle Städte bombardieren, passiert genau das, was wir befürchtet haben, nämlich sehr viel Leid für die libysche Bevölkerung. Wir wissen nicht, was die Bomben erreichen sollen. Die Bevölkerung schützen? Ich glaube, daß dadurch nur noch mehr Schaden für die Zivilbevölkerung angerichtet wird. Ich glaube nicht, daß das angestrebte Ziel dadurch erreicht werden wird, daß man zur Gewalt greift.

Sie glauben also, daß die Entwicklung anders hätte sein können, hätte man der African Union mehr Zeit gelassen und nicht so früh mit den Bombardierungen begonnen?

Genau! Libyen ist auch Mitglied der African Union, sogar aktiver hier als in der Arabischen Liga, die dieser Resolution ja auch zugestimmt hat. Daher haben wir in der African Union mehr Überzeugungskraft. Das glauben wir zumindest. Und wir hätten gern die Möglichkeit gehabt, das unter Beweis zu stellen. Warum Europa unseren Vorschlägen nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet hat, weiß ich nicht. Libyen ist auf dem afrikanischen Kontinent, ein Mitglied der African Union, es ist zweifellos ein afrikanisches Land. Daher ist es bedauerlich, daß Afrika ignoriert wurde. Hoffentlich können die Europäer jetzt das Problem lösen, das sie geschaffen haben. Wir als Afrikaner wollen unsere Interessen vertreten, das kommt als erstes. Die Europäische Union, die Europäer haben ihre Interessen. Vielleicht Erdöl? Wir wissen nicht, was

ihre Interessen hier sind. Wenn es zu einer ähnlichen Situation beispielsweise in Syrien kommt oder in Bahrain, dann hören wir nichts über die Zivilbevölkerung. Ist die Zivilbevölkerung in einem Land wichtiger als die Zivilbevölkerung in einem anderen? Das sind so Fragen, die wir uns stellen. Ist eine Zivilbevölkerung wichtiger als eine andere? Welche Kriterien werden da angelegt?

Kommen wir zu Zimbabwe. Im Februar hielten Sie eine Grundsatzrede im Parlament, in der Sie von Fortschritten hinsichtlich der Umsetzung des Global Political Agreement sprachen. Aber oft wird bezweifelt, ob wirklich alle Parteien ein genuines Interesse daran haben, das Abkommen umzusetzen. Wie schätzt Namibia diese Situation ein?

Zimbabwe ist unser Nachbar, ein Mitgliedsstaat der SADC, und wir möchten, daß das Global Political Agreement erfolgreich ist. Aber da gibt es Hindernisse – zum Beispiel die Sanktionen, die westliche Länder verhängt haben. Es steht auch in dem Abkommen, daß Sanktionen aufgehoben werden müssen, um die erforderliche günstige Situation für Wahlen und für freie politische Betätigung zu schaffen, für Pressefreiheit und so weiter. Daran arbeiten wir. Eben jetzt, wo wir miteinander sprechen, befindet sich ein Verhandlungsteam in Brüssel, Washington und London, das versucht, eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Denn es ist ja nicht nur Zimbabwe davon betroffen, sondern auch andere Länder der Region. Es gibt zum Beispiel keine Kredite mehr, Investitionen sind eingefroren und Handel ist teilweise nicht mehr möglich. Das sind Dinge, die einen negativen Effekt haben, und das müssen wir bereinigen.

Das Abkommen in Zimbabwe sagt aber auch deutlich, es müsse eine neue Verfassung geben, bevor neue Wahlen stattfinden können.



Ja, wir unterstützen das, sie haben sich geeinigt, eine neue Verfassung zu schreiben. Allerdings hat es dabei noch keine Fortschritte gegeben, daher werden wir vermitteln und die erforderlichen Bedingungen dafür schaffen müssen. Die Verabschiedung einer neuen Verfassung ist oberstes Ziel, aber es gibt keine Einigung zwischen den politischen Parteien. Also möchten wir diesen Stillstand beseitigen.

Sie werden morgen auch den österreichischen Außenminister treffen. Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Namibia?

Meiner Meinung nach haben wir ausgezeichnete bilaterale Beziehungen, nur hinsichtlich der Zusammenarbeit sollten wir intensiveren. Wir brauchen mehr Kooperation in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Tourismus, zum Beispiel. Sie haben große Erfahrungen in Bezug auf Wasser- und Abwasserwirtschaft oder beim

Wohnbau, wo Sie uns unterstützen könnten. Sicher, daß Namibia jetzt als *middle income*-Land eingestuft ist, ist für uns hinderlich. Zehn Prozent der Bevölkerung sind extrem reich, die übrigen 90% sind extrem arm. Wir möchten, daß Österreich das versteht und auch anderen Ländern dabei hilft, den außergewöhnlichen Charakter der Situation zu verstehen. Wir haben zwei Welten in einem Land – eine äußerster Armut und die andere, die das Hauptproblem verdeckt, nämlich, wie es typisch ist für die Dritte Welt, Armut, Ungleichheit und alle diese Elemente von Unterentwicklung. Wir wollen auch diplomatische Konsultationen, um unser Verständnis von internationalen Themen anzunähern.

Ein anderes kritisches Thema ist die Visumbefreiung für Österreicher. Österreicher/innen können frei nach Namibia reisen, Namibier/innen umgekehrt brauchen Visa. In der Diplomatie gibt es dieses wichtige Prinzip der Reziprozität, auch zwischen kleinen Ländern. Manchmal haben Namibier Schwierigkeiten, selbst meine eigenen Beamten, sie wollten nach Österreich reisen, erhielten aber keine Visa. Andererseits – Ihr Österreicher/innen kommt einfach so nach Namibia ohne jedes Hindernis. Ich glaube nicht, daß das fair ist.

Was erwarten Sie von einer bilateralen Freundschaftsgesellschaft wie der Österreichischen Namibia-Gesellschaft zum Beispiel?

Ich glaube, daß Kontakte zwischen den Menschen extrem wichtig sind. Wir Politiker, wir sind heute da und morgen nicht mehr. Aber die Beziehungen, die Freundschaften und die Solidarität zwischen den Völkern müssen bestehen bleiben. Und wie ich schon sagte, einige Gebiete der Zusammenarbeit sind wirklich kritisch für

uns. Sie können uns helfen, beispielsweise, um Lehrer/innen zu finden, die in Namibia unterrichten wollen, für Mathematik oder Naturwissenschaft zu Beispiel oder auch für Deutsch. Weiters, Sie wissen, wir haben das Problem von HIV/Aids, vielleicht können Sie uns diesbezüglich unterstützen mit Aufklärungsbroschüren oder durch Zusammenarbeit mit namibischen NGOs, die hier involviert sind. Aidswaisen oder betroffene Kinder müssen unterstützt werden, die reproduktiven Gesundheitsrechte von Frauen müssen gestärkt werden. Ein anderer Bereich ist vielleicht der Wohnungsbau, wir brauchen günstige Wohnungen mit sauberem Wasser, und da haben Sie eine große Erfahrung.

Der Völkermord von 1904 – das ist immer noch eine große Belastung Ihres Verhältnisses zu Deutschland. Tut Deutschland genug, um diese Belastung zu beseitigen?

Meiner Ansicht nach nicht. Es gibt kleine Entwicklungen, die öffentliche Entwicklungshilfe beispielsweise, die in die Regionen und Gemeinschaften geht, die damals betroffen waren. Das ist eine kleine Geste, die wir anerkennen. Aber ich denke, sie müßten mehr tun. Beispielsweise uns dabei unterstützen, Farmen zu kaufen und Landlose dorthin umzusiedeln. Jedes Jahr budgetieren wir für die Landreform, und jedes Jahr wird das Land teurer und teurer. Das ist eine sehr schwierige Situation. Die Gemeinden sind daher nicht glücklich über die Situation, ihrer Ansicht nach müßte Deutschland mehr tun und auch sichtbarer sein in dem, was sie tun. Wir als Regierung hätten es auch gern, wenn Deutschland direkt mit uns arbeiten würde und nicht immer nur über NGOs.

Österreichische Namibia-Gesellschaft

Organisierung von Hausangestellten. Mit 20.000 Euro wird die Stadt Wien 2011/12 ein Projekt fördern, das die ÖNG in Zusammenarbeit mit einem langjährigen Partner in Namibia, dem *Labour Resource and Research Institute (LaRRI)* in Katutura (Windhoek), durchführen wird. Dabei geht es um die Information von Hausangestellten in Namibia – vor allem von Frauen – über die ihnen zustehenden Rechte und Möglichkeiten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das Projektvorhaben, das seitens der FPÖ und der ÖVP kritisiert wurde, steht unter dem Ehrenschutz des Vorsitzenden der für den Hausangestelltensektor zuständigen ÖGB-Gewerkschaft *Vida*, Rudolf Kaske.

Unterstützung für San-Schule. Von Mitgliedern der ÖNG gesammelte Spenden in Höhe von 3.500 Nam-\$ (ca. 350 Euro) wurden an die *Oerwoud Preschool*, übergeben. Diese Vorschule ist für Kinder aus Hai||om-Familien bestimmt und wird von Lehrer/inne/n der *Etosha Senior Secondary School* in Tsumeb geleitet. Administratorin Jacky Konjore zur Spendenaktion, die auch von der *Gesellschaft für bedrohte Völker* unterstützt wird: „Ihr werdet es nicht glauben, wie glücklich die Kinder und Eltern für diese Unterstützung sind.“ Spenden unter dem Kennwort *Tsumeb* bitte an das Konto der ÖNG Nr. 92000111 bei der PSK, BLZ 60000.

Protest gegen schwarzen Rassismus

Äußerungen des südafrikanischen Regierungssprechers und früheren Präsidenten des Black Management Forum Jimmy Manyi, es gäbe „ein Überangebot von Farbigen im Western Cape“, führten Ende Februar zu einem innenpolitischen Skandal. Minister Trevor Manuel nannte Manyi gar einen „Rassisten“ und verglich ihn mit Verwoerd, dem Architekten der Apartheid. Die Kontroverse ist aber nur die Spitze eines Eisbergs, so Menschenrechtspreisträger Horst Kleinschmidt aufgrund eigener Erfahrung. Wie steht es um die nicht-rassistischen Grundwerte des African National Congress – wenige Monate vor seinem 100. Gründungsjubiläum?

Nationalismus und Rassismus sind nahe Verwandte. Beide sind nicht attraktiv, ersterer geht oft zweiterem voraus. Nach dem Fall der Apartheid gab es in Südafrika immer ein Potential für Nationalismen, seien es schwarzafrikanische oder Varianten von Xhosa-, Zulu- oder Coloured-Sektierertum. Jimmy Manyis Matschkerei weist darauf hin.

Der ANC war, wie in der Freedom Charter unterstrichen, der Verteidiger einer nicht-rassistischen Gesellschaft, so lernte ich das jedenfalls im Exil. Es war grundlegend wichtig für die Führung des ANC, daß dies in unserer Verfassung reflektiert wurde. Die Bildung eines nicht-rassistischen Staates auf den Ruinen einer weißen Minderheitsregierung – das war es, wofür unsere Führer wie Madiba und Oliver Tambo eintraten.

Solche Menschen gibt es immer noch im ANC, aber allem Anschein nach sind sie in der Defensive. Im öffentlichen Dienst sind *affirmative action*, *transformation*, Freunderlwirtschaft und das sog. „tenderpreneurship“ leider direkte Feinde nicht nur für eine verantwortungsbewußte Regierung, sondern auch für das nicht-rassistische Ziel geworden.

Die derzeitige ANC-Führung läßt einen Mangel an anti-rassistischem Einsatz erkennen und hat in der Verwaltung mächtige afrikanische Nationalismen triumphieren lassen.

Während der Mbeki-Ära beklagten sich Verwaltungsangestellte über die bevorzugte Anstellung von Menschen aus dem Eastern Cape, das sog. „Xhosa nostra-Syndrom“. Dies wurde nun offenbar durch KZN- und Zulu-Beamte und Beamtinnen ausgeglichen.

Als Direktor der Sektion für Fischerei im Ministerium für Umwelt und Tourismus erlebte ich die Ansichten des Herrn Manyi in der Praxis. Die Führung des Ministeriums kam eines Tages aus Pretoria, um die Crew in Kapstadt über folgendes zu informieren: Es gäbe 176 Coloureds zu viel in der Fischereisektion, darüber hinaus 250 Weiße zu viel. Ich könnte aber 1,5 Inder zusätzlich anstellen, da diese unterrepräsentiert wären! Ich informierte meine Vorgesetzten über diese engstirnigen Zeloten, aber keiner hatte Lust, diese Exzesse zu überprüfen. Ein Engagement, den Bedarf für Transformation auszubalancieren mit Qualifikation, Kompetenz und regionalen demographischen Faktoren – abgese-

hen von Erfahrung –, wurde abgelehnt und als weißer Rassismus gebrandmarkt.

Ich unterstütze den Auftrag zur Transformation ohne jeden Vorbehalt, mein Versuch, einen flexibleren Zeit-



*Horst Kleinschmidt bei der SADOCC-
Generalversammlung 2010 in Wien*

plan für Transformation zu erstellen, endete jedoch mit dem Ruf nach meinem Hinauswurf. Inspiriert durch ältere Beamte rannte eine Gruppe von ANC-Parlamentariern (eingeschlossen einige farbige Speichellecker) los, um mich mundtot zu machen.

Perverse Anstellungsverfahren wurden die Regel des Tages. Bewerbungen weißer Kandidat/inn/en wanderten gleich routinemäßig in den Papierkorb. Coloured-Kandidat/inn/en wurden übergangen, selbst wenn sie uns als erste Wahl gegolten hatten. Logik und die Interessen Südafrikas wurden systematisch ignoriert.

Opportunistische ANC-Politik

Meinem Vorschlag, man könne doch schreiben, daß Weiße und Coloureds sich gar nicht zu bewerben brauchten, wurde mit den Worten „Das können wir nicht sagen, es ist rassistisch!“ begegnet. „Schmeiß einfach die weißen Wissenschaftler raus.“ Man wollte mich glauben machen, daß deren Erfahrung nichts zählte. Hinsichtlich der Coloureds wurden noch subtilere Gedankengänge gewälzt: Sie hätten uns im Widerstandskampf nicht unterstützt, also warum sollten sie jetzt Jobs kriegen?

Anläßlich eines Meetings im Jahre 2005 fragte mich eine Gruppe ANC-Parlamentarier/innen, was ich getan hätte, um schwarze Wissenschaftler/innen auszubilden. Tatsächlich hatten wir seit 1994 etwa 47 Leute bis zum Niveau eines Master-Abschlusses trainiert. Es waren alles Schwarze gewesen mit Ausnahme einer weißen Frau. Ich hatte das Gefühl, der Blutdurst hatte eine solche Dimension erreicht, daß man mich nicht anhören würde, also übergab ich das Thema einer dunkelhäutigen weiblichen Kollegin zur Beantwortung.

Nachdem ich ein Leben lang gegen Apartheid und weißen Rassismus gekämpft hatte, wurde ich nun angeklagt, ein Verteidiger weißer Interessen zu sein. Mein Stufenplan für Transformation stimmte nicht überein mit den mechanistischen Zielen, die von den neuen Fanatiker/inne/n gesetzt

wurden. Ich war doch nicht Teil des Kampfes für ein nicht-rassistisches und nicht-sexistisches Südafrika gewesen, um jetzt zählen zu müssen, wie viele Menschen genau ich loswerden müßte, um einen demographischen Imperativ zu erfüllen! Die Politik der Transformation und all die Auseinandersetzungen, die damit einhergingen, ersetzten bald die Arbeit, die ich eigentlich machen sollte: Fischerei-Management. Vernünftige Diskussion war zur Seite geschoben worden, und so entschied ich mich zu kündigen.

Nationalismus und Rassismus sind nahe Verwandte! Nach einer rassistischen Vergangenheit und all der Demütigung und Armut, die Schwarzen zugefügt wurde, war klar, daß eine Transformation niemals einfach sein würde. Aber die Zeit ist reif für die Verteidiger der Freedom Charter, viel wachsamer zu sein und weder angeblich schnelle Transformationen zu erlauben noch den darauf folgenden Gegenrassismus. Unglücklicherweise erlauben politische Faulheit und Zweckmäßigkeit, daß das Pendel sehr weit nach der anderen Seite hin ausschlägt.

Herrn Manyis Stellungnahme ist kein isolierter Fall von Rassismus; er repräsentiert einen Trend, welcher sowohl im ANC eine etablierte Basis hat als auch bei den vielen Tausenden, die im öffentlichen Dienst aufmarschieren.

Horst Kleinschmidt ist Träger des Bruno Kreisky-Preises für Menschenrechte und Mitglied des SADOCC-Beirats. Er war viele Jahre lang Direktor des International Defence and Aid Fund in London zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia. Sein Text erschien als Leserbrief in der Cape Times am 21. März 2011, dem Internationalen Tag gegen Rassendiskriminierung.

Neville Alexander zum Medizinstudium

Anläßlich der Manyi-Kontroverse erinnert INDABA an die Stellungnahme des prominenten Vertreters der „Black Consciousness“-Bewegung vom August vorigen Jahres:

Einem Bericht der *Sunday Times* zufolge fordert der prominente Akademiker an der *University of Cape Town* und Veteran des Befreiungskampfes, Dr. Neville Alexander, die Universität auf, ihre Zulassungspolitik für Medizin aufzugeben. Diese diskriminiere seiner Ansicht nach weiße, indische und farbige Student/inn/en. Alexander, heute Forschungsdirektor an der Universität, hält die Zulassungspolitik des derzeitigen Vizekanzlers Dr. Max Price für „dumm“ und „einfach lächerlich“. Um eine realistische Zulassungschance für ein Medizinstudium in Kapstadt zu erhalten, müssen weiße Antragsteller/innen zumindest 90% in fünf Matric-Gegenständen erreichen, 80% in einem sechsten und wiederum 80% in einem landesweiten Benchmark-Test, der die Versiertheit der Studierenden im akademischen Textumgang und in Mathematik mißt.

Schwarze Studienanfänger/innen hingegen haben bereits mit 70%-79% in sechs Matric-Gegenständen und mit mindestens 50% in dem Benchmark-Test eine gute Chance, einen Studienplatz zu erhalten.

Die Aufnahmekriterien für indische Bewerber/innen liegen etwas niedriger als jene von weissen, die für farbige etwas höher als die für schwarze.

Das politische System Swazilands

Zuletzt war die letzte absolute Monarchie Afrikas wegen der königlichen Teilnahme an der Hochzeit von William und Kate in London in den Schlagzeilen – und wegen der Proteste dagegen. Ansonsten aber ist es wieder ruhig geworden um das Land mit der höchsten HIV-Rate der Welt, das so gerne in Vergessenheit gerät. Swaziland steht vor dem Bankrott, das monarchistische System mit all seinen Vertreter/inne/n scheint nicht mehr recht zu funktionieren. Martina Penzenauer sprach mit Mfanawelisontfo Sense Dlamini, einem Vorstandsmitglied der Swaziland Federation of Trade Unions.

In Swaziland gebe es zwei Formen der Regierung, erzählt Sense Dlamini. „Zum einen das traditionelle politische System und zum anderen ein System mit den Mitgliedern des Parlaments, des Kabinetts und all diesen Dingen. Der König steht über allem. Swaziland wird vom König beherrscht, es ist eine Monarchie, die mit absoluter Macht geführt wird. Der König ist der Einzige, der das Recht hat, einen Premierminister zu ernennen. Also steht der Premierminister unter dem König. Dann gibt es noch die Königinmutter. Sie ist die Mutter des Königs, und eigentlich kommt der Premierminister in der Rangordnung erst nach ihr. Nach dem Premierminister kommt sein Stellvertreter, danach folgen die Angehörigen des Kabinetts. Dann gibt es noch das Parlament mit den zwei Häusern, House of Assembly und House of Senate.“

Das System, in dem das Volk mitbestimmen darf, ist noch dem alten Tinkhundla-System verhaftet. Im ganzen Land gibt es 55 Tinkhundla-Zentren, aus denen jeweils eine Person in das House of Assembly gewählt wird. Zur Wahl aufstellen lassen kann sich jede bzw. jeder als Individuum (da Parteien seit 1973 verboten sind), und es gilt, das Wahlvolk durch sein Han-

deln und seine Reden von sich zu überzeugen. Die Vertreter/innen aus den Tinkhundlas werden von der Bevölkerung gewählt – und damit ist die Mitbestimmung des Volkes auch schon beendet. Im House of Assembly werden noch weitere zehn Mitglieder vom König bestimmt. Die Mitglieder des House of Senate werden bis auf zehn Mitglieder, die vom House of Assembly delegiert werden, alle vom König ernannt, genauso wie die Mitglieder des Kabinetts. Im House of Senate wer-



den die Gesetze erarbeitet, dann im House of Assembly diskutiert, bevor sie dem Premierminister zur Unterschrift vorgelegt werden.

Die oben erwähnte traditionelle Struktur des Regierens beschreibt der Gewerkschafter aus Swaziland wie folgt: „Hier steht der König immer noch über allen, und es gibt so etwas wie einen traditionellen Premierminister, er wird auch Gouverneur für den Haushalt genannt. Das traditionelle Parlament, Libandla, wird auch Swaziland National Council genannt. Diese Leute wurden von dem König gewählt, um ihm als Berater zur Seite zu stehen. Das ist eine Gruppe von bekannten Leuten mit sog. gutem Charakter, die den König beraten dürfen. Manchmal sind auch Bischöfe oder Pastoren darunter. Der Swaziland National Council ist auch unter dem Namen Elders of the Nation bekannt. Niemand anderer hat Einfluß auf den König, nur diese Leute, weil sie den König beraten dürfen. Wenn der König bei etwas Klarheit braucht, setzt er sich mit Ihnen zusammen. Aber die Wahrheit ist, daß die Entscheidung immer beim König liegt. Er hat das letzte Wort, alles, was er sagt, passiert. Das Swaziland National Council, das Libandla, berät den König, also ist dieses traditionelle, nicht gewählte Parlament sehr, sehr mächtig.“

Die Gewerkschaften haben in der Gesellschaft Swazilands einen schweren Stand, denn natürlich gibt es nicht nur Zuspruch für ihr Unterfangen. Auf die Frage, ob die ländliche Bevölkerung eher den König und die Monarchie unterstütze, sagt Dlamini folgendes: „Die Menschen in den ländlichen Gegenden wissen nichts über ihre Rechte. Was immer gesagt wird, wird von ihnen hingenommen. Das hat mehrere Gründe: Sie sind nicht so eloquent, sie können oft nicht lesen und sie sind sich ihrer Rechte nicht bewußt. Sie haben kein klares Bild von Demokratie, und das benachteiligt sie. Dadurch, daß sie ihre Rechte nicht



kennen, werden sie unterdrückt. Also ist es unsere Aufgabe, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären.“

Schwieriger ist es für die Gewerkschaften auch durch die hohe Arbeitslosigkeit und die vielen Arbeiter/innen in Südafrika, die durch die räumliche Trennung nicht wirklich greifbar für die Gewerkschaften sind. Es bleibt trotzdem zu hoffen, daß die Gewerkschafter/innen ihr Ziel trotz aller Widerstände weiter verfolgen und Swaziland helfen, sich weiter zu entwickeln.

Martina Penzenauer ist Studentin an der Johannes Kepler-Universität in Linz. Das Gespräch kam mit Unterstützung des ÖGB zustande.

Freiheit für Maxwell Dlamini!

Zehntausende Demonstrant/inn/en forderten am 12. April, dem von den Gewerkschaften und politischen Bewegungen ausgerufenen Protesttag gegen das absolutistische Königsregime, in den Städten Mbabane und Manzini eine Demokratisierung des politischen Systems und Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise.

Nicht alle, die teilnehmen wollten, durften es: Schon am Vorabend war der Vorsitzende der *Swaziland National Union of Students*, Maxwell Dlamini, festgenommen worden. Er befindet sich nach wie vor in Haft und wird vor Gericht beschuldigt, sich im Besitz von Sprengstoff befunden und einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben.

In Südafrika und in England haben sich Solidaritätskomitees gebildet, die eine sofortige Freilassung Dlaminis verlangen. Ihrer Ansicht nach versucht die Swazi-Regierung, das gute Image des populären Studentenführers zu zerstören, der seit seiner Wahl im Oktober 2010 als Organisator zahlreicher Protestaktionen gegen eine Erhöhung der Schul- und Studiengebühren und Kürzungen bei den Stipendienprogrammen hervorgetreten ist (www.swazidemocracy.org).

Die brutale Niederschlagung der Proteste am 12. April stieß auch international auf heftige Kritik. Unbeeindruckt davon gab sich allerdings König Mswati III., Afrikas letzter absoluter Monarch, als er wenige Tage darauf als Ehrengast an der vom britischen Königshaus veranstalteten „Hochzeit des Jahres“ zwischen Prinz William und Kate Middleton teilnahm.

Dokumenten zufolge, die von *WikiLeaks* veröffentlicht und vom Londoner *Guardian* ausführlich wiedergegeben wurden, ist das Regime in Swaziland seit Jahren in umfangreiche Waffenkäufe involviert. Offiziell für eine Beteiligung der swaziländischen Armee an friedenserhaltenden Missionen der *African Union* bestimmt, dürfte der wahre Zweck der Beschaffung in der Ausrüstung der Armee gegen die zunehmenden Unruhen in dem kleinen Königreich liegen. Daß die britische Regierung zuletzt die Waffenexporte stoppte, hatte allerdings einen anderen Grund: die Furcht der USA, die Waffen könnten über Umwege letztendlich im Iran landen.

In den ersten fünf Jahren nach seiner Unabhängigkeit verfügte Swaziland im übrigen über keine Armee. Erst als der damalige König Sobhuza II. 1973 die Verfassung aufhob, die politischen Parteien auflöste und das Kriegsrecht verhängte (das bis 2005 in Kraft blieb), wurde ein stehendes Heer aus dem Boden gestampft und an strategischen Orten des Königreichs stationiert. Wenngleich jährlich Millionen aus dem Budget für die Armee aufgewendet werden, unterliegt diese keiner parlamentarischen oder sonstigen Kontrolle.

Der *Congress of South African Trade Unions (COSATU)* fordert zusammen mit zahlreichen Organisationen der swaziländischen Opposition seit Jahren die Verhängung internationaler Sanktionen gegen das Königreich, nicht zuletzt im Bereich Waffenhandel. Damit soll eine Demokratisierung des Systems, vor allem die Abschaffung des repressiven *Tinkhundla*-Systems, durchgesetzt werden.

Südafrika ist BRICS-Mitglied



Von Adalbert Krims

„Südafrika ist einfach zu klein“, meinte Goldman-Sachs-Chefvolkswirt Jim O’Neill, der vor 10 Jahren den Begriff „BRIC-Staaten“ für Brasilien, Rußland, Indien und China geprägt hatte. Und auch andere Kommentatoren äußerten sich skeptisch über die Aufnahme Südafrikas in den Club der aufstrebenden Schwellenländer. Und in der Tat liegt Südafrika in Bezug auf seine Wirtschaftsmacht weltweit nur auf Platz 27, während China an 2., Brasilien an 8., Rußland an 10. und Indien an 11. Stelle stehen. Auch bei der Einwohnerzahl ist Südafrika im Vergleich zu den vier bisherigen BRIC-Staaten nur ein „Zwerg“ (China 1.336 Millionen, Indien 1.200 Mill., Brasilien 195 Mill., Russland 142 Mill. Einwohner). O’Neill meinte deshalb, daß Südkorea, Indonesien, Mexiko und die Türkei weitaus bessere Kandidaten für die Gruppe der führenden Schwellenländer gewesen wären.

Dennoch: China hat den südafrikanischen Staatspräsidenten Jacob Zuma zum Gipfel in Sanya eingeladen – und am 14. April 2011 wurde Südafrika dort als fünftes Mitglied in die nun in BRICS umbenannte Staatengruppe aufgenommen. Warum Südafrika der Vorzug vor anderen – größeren und wirtschaftlich potenteren – Staaten gegeben wurde, ist natürlich nicht offiziell begründet worden. Ein wichtiger Faktor war aber sicher, daß nun auch der afrikanische Kontinent vertreten ist. Für China spielte wahrscheinlich noch zusätzlich eine Rolle, daß es inzwischen zum wichtigsten Handelspartner Südafrikas aufgestiegen ist (China hat sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten Deutschland, die USA, Japan und Großbritannien überflügelt). Neben ökonomischen Erwägungen dürfte aber auch noch ein politischer Grund ausschlaggebend gewesen sein: die BRICS-Staaten treten ja nicht nur für eine Reform des Weltfinanzsystems ein, sondern generell für eine multipolare Weltordnung, die u. a. auch eine Reform des UN-Sicherheitsrates sowie eine Einschränkung der Vormachtstellung des „Westens“ (insbesondere der USA) umfaßt. Alle von O’Neill als „besser geeignet“ genannten

Kandidaten verfügen aber über Bündnisverträge mit den USA, was offenbar vor allem China und Rußland bewogen hat, Südafrika zu bevorzugen.

Derzeit gehören übrigens alle fünf BRICS-Staaten dem UN-Sicherheitsrat an (China und Rußland als ständige, Brasilien, Indien und Südafrika als nicht-ständige Mitglieder), was nach Auffassung der Staatengruppe auch auf Dauer so bleiben sollte. Bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Süd-China haben die BRICS-Staaten deutliche Kritik am NATO-Luftkrieg gegen Libyen geübt und eine Verhandlungslösung gefordert (bei der Legitimierung der Luftsätze im März hatten sich die bisherigen vier BRIC-Staaten der Stimme enthalten, während Südafrika zugestimmt hatte – dies aber inzwischen durch aktive Beteiligung an Vermittlungsbemühungen im Rahmen der Afrikanischen Union sowie durch Kritik an der Ausweitung der NATO-Militäraktion wieder relativiert hat).

Bezüglich der Nachfolge von Dominique Strauss-Kahn an der Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben die BRICS-Staaten das Ende der „europäischen Erbpacht“ verlangt: Sie forderten einen „wahrhaft transparenten Wettbewerb auf der Basis von Verdiensten“, der dazu führe, „daß die kompetenteste Persönlichkeit zum Direktor bestimmt wird, unabhängig von seiner oder ihrer Nationalität“. Außerdem sei eine angemessene Repräsentation von Schwellen- und Entwicklungsländern im IWF „von entscheidender Bedeutung für dessen Legitimität und Effektivität“.

Durch die Aufnahme in eine Vereinigung, die zusammen 40 Prozent der Weltbevölkerung, 22 Prozent der Wirtschaftsleistung und 45 Prozent des Wirtschaftswachstums repräsentiert (Tendenz: steigend!), wird jedenfalls die Rolle Südafrikas – und des gesamten afrikanischen Kontinents – auf der Weltbühne gestärkt.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Präsenz der Vergangenheit: Reisebericht Namibia

Wer nach Namibia fährt, denkt zuerst an Safari, Elefanten, das trockene, weite Land, Natur pur eben. Erst auf den zweiten Blick wird für Reisende die turbulente Vergangenheit des Landes sichtbar. Kolonialismus, Apartheid, jahrzehntelanger Unabhängigkeitskampf: Das heutige Namibia ist von seiner Geschichte und den unbewältigten sozialen Problemen geprägt, die diese aufgestaut hat. Besonders präsent für die Reisenden ist dabei nach wie vor die Episode der deutschen Kolonialherrschaft. Von Bettina Moser und Simon Loidl.

Tropenhelm, beiger Tropenanzug, am Rücken ein Tornister. Wie direkt aus einem Reisebericht des 19. Jahrhunderts entsprungen wirkten die zwei deutschen Herren, die Anfang Februar 2011 mit uns am Hosea Kutako-Flughafen in Windhoek auf die Zollabfertigung warteten. Später erschien uns dieses skurrile Auftreten als Sinnbild für die zahlreichen Spuren deutscher Kolonialgeschichte, auf die wir während unserer Reise immer wieder stießen.

Deutsche Kolonialgeschichte ist in Namibia auf verschiedene Arten für Reisende präsent. Zunächst einmal ganz unmittelbar, durch den Kontakt mit deutschsprachigen Namibier/innen, die im Tourismusbereich überproportional häufig anzutreffen sind: Reiseveranstalter, Hoteliers, Restaurantbetreiber/innen sind häufig Deutsch-Namibier/innen. Diese Voraussetzungen führten zu intensiven touristischen Kontakten in den deutschsprachigen Raum, der den wichtigsten Markt für den namibischen Tourismus darstellt. An diesem Segment orientiert sich auch das Angebot in vielen Bereichen, und so ist es oft einfacher, einen Schweinsbraten zu bekommen als eine Portion Mieliepap. Bereits in Tsumeb, der ersten Station unserer Reise nach der Ankunft in Windhoek, stiegen wir in einem „deutschen“ Hostel ab und kehrten in einer Pizzeria ein, die von einem Deutsch-Namibier geführt wurde.

Die augenscheinlichste Erinnerung an die deutsche Kolonialzeit sind – neben der mitteleuropäisch geprägten Architektur in vielen Städten – die zahlreichen Denkmäler, die zumeist an Ereignisse aus den Kolonialkriegen erinnern. In der Regel wird an Soldaten der Schutztruppe gedacht, die während der Herero- und Nama-Aufstände getötet wurden. Überraschend ist dabei, daß diese Monu-

mente, Statuen und Gedenktafeln nach der Unabhängigkeit nicht mit relativierenden Hinweisen versehen wurden – geschweige denn, daß diese zumeist offen kolonialistischen Überreste geschliffen worden wären. Die kleine, aber akti-

ve Zahl an Kolonialnostalgiker/innen, die sich etwa im *Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen* organisiert, sorgt im Gegenteil dafür, daß die Denkmäler in der Regel in bestem Zustand sind und an Jahrestagen Kränze niedergelegt werden. So zum Beispiel am Franke-Turm in Omaruru. Dieser ist benannt nach dem deutschen



Franke-Turm in Omaruru

Major Franke, der 1904 einen Herero-Aufstand niederschlug. Berühmt wurde Franke für einen Gewalttritt von knapp 400 km in viereinhalb Tagen, als er aus Südnamibia den belagerten deutschen Soldaten in Omaruru zu Hilfe kam. Die deutsche Bevölkerung errichtete daraufhin einen Beobachtungsturm, der ihm zu Ehren benannt wurde. Als wir bei der Besichtigung am Franke-Turm in Omaruru

Kränze mit Widmungen der Windhoeker Volkstanzgruppe und des Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen sahen, hielten wir dies noch für eine skurrile



Kranzniederlegung Marinedenkmal

Einzelerscheinung. Einige Tage später hatten wir in Swakopmund dann jedoch Gelegenheit, die traditionelle Kranzniederlegung am Marinedenkmal in Swakopmund zu beobachten. Bei dieser wiederum vom Traditionsverband ausgerichteten jährlichen Veranstaltung wird nicht nur Kolonialnostalgie gepflegt, sondern werden auch revisionistische Redebeiträge zur deutschen Geschichte mit Beifall bedacht. Der während der Veranstaltung immer wieder erfolgte Hinweis, daß hier *aller* Opfer der Kriegshandlungen gedacht würde, wirkte angesichts des Absingens von Südwesterlied und „Ich hatt' einen Kameraden“ geradezu zynisch. Die Haltung des offiziellen Namibias scheint diesbezüglich sehr liberal zu sein, denn auch ein Vertreter der Swakopmunder Bürgermeisterin nahm als einziger Schwarzer an der Veranstaltung teil und betonte in seiner kurzen Rede, daß Namibia allen danke, die ihr Leben für das Land gelassen hätten.

auch in den zahlreichen Museen Namibias ist die koloniale Vergangenheit präsent, und die Darstellungen zeigen sich häufig von den politischen Veränderungen der letzten 20 Jahre unberührt.

Das Nationalmuseum Namibias etwa befindet sich in der *Alten Feste* in Windhoek. Der heute als Museum genutzte Bau wurde 1890 unter dem ersten Befehlshaber der deutschen Schutztruppe, Curt von François, errichtet. Die vorrangige Funktion war damals, die Herero unter Samuel Maherero zu beeindrucken und Überlegenheit zu demonstrieren. Während der gesamten deutschen Besatzungszeit war die Feste Hauptquartier der Schutztruppe, später bezogen auch die Südafrikaner darin Quartier. Begrüßt werden die Besucher/innen heute vom so genannten

Südwester Reiter. 1912 eingeweiht, erinnert das Denkmal an die 1.749 toten Deutschen des Hereroaufstands. Auf die weit größere Zahl der Opfer auf der anderen Seite wird an dieser Stelle nicht verwiesen. Im Museum selbst ist dann allerdings ein großer Schauraum den verschiedenen Captains und Chiefs gewidmet, die gegen die Kolonialisierung ankämpften. Leider besteht die Ausstellung derzeit in erster Linie aus A4-Ausdrucken von flüchtig zusammenkopierten Kurzbiographien der zentralen Persönlichkeiten. Offensichtlich wurde dieser Teil der Ausstellung erst kürzlich provisorisch erneuert und einer veränderten Sichtweise auf die Aufstände angepaßt, die nach der Unabhängigkeit Namibias endlich Teil eines offiziellen Geschichtsbildes werden konnte. Zu einer gründlichen Neugestaltung des Museums kam es bislang noch nicht, und so wurden jene Ausstellungsräume, die keinen direkten Bezug zur politischen Geschichte haben, im herkömmlichen Zustand belassen. Neben verschiedenen Gerätschaften und Einrichtungsgegenständen aus (deutsch-namibischem) Haus und Hof zeigt das Museum aber auch eine gut gestaltete Dokumentation der Unabhängigkeit Namibias, die über den etwas lieblosen ersten Raum hinwegtröstet.

Derzeit laufen übrigens die Arbeiten am neuen *Independence Memorial Museum* auf Hochtouren. Direkt neben der alten Feste wird ein monumentaler Bau errichtet, in dem ab Mitte 2011 auf fünf Stockwerken eine moderne Darstellung der Geschichte Namibias erfolgen soll. Wie bereits beim 2002 eröffneten *Hero's Acre* vor den Toren Windhoeks zeichnet auch für das neue Museum das nordkoreanische Unternehmen *Mansudae Overseas Projects* für Planung und Durchführung verantwortlich. Angesichts dessen, daß in den meisten kleinen Stadtmuseen jene Sichtweise auf die Vergangenheit präsent ist, die vor der Unabhängigkeit das offizielle Geschichtsbild bestimmte, ist der ambitionierte Neubau in der Hauptstadt von großer Bedeutung.



Der Windhoeker „Reiter“ – erschlagen vom neuen Museumsbau

Afrika-Schwerpunkt im Dschungel Wien: IYASA zehn Jahre in Österreich

IYASA – Inkululeko Yabatsha School of Arts, ein professionelles Ensemble aus Bulawayo / Zimbabwe, tourt mit seinen Musikprogrammen seit Jahren um die ganze Welt. Daß seine internationale Karriere in Österreich begann, wissen nur wenige. Im Dschungel Wien feierte IYASA bereits im März mit der Uraufführung von „Streets of Africa“ das 10-Jahres-Jubiläum seiner Auftritte in Österreich und startete zugleich auch die Europatournee 2011. Mit Ende Juni ging ebenfalls im Dschungel Wien ein einmonatiger Afrika-Schwerpunkt mit Tanz, Musik, Schau-, Puppen- und Schattenspiel zu Ende, bei dem die Darbietungen von IYASA zu den Hauptattraktionen zählten. Robert Konrad berichtet.

IYASA ist eigentlich aus einer Schüler/innengruppe in Bulawayo entstanden. Der Lehrer dieser Gruppe, Innocent Nkululeko Dube, erkannte das große Potential der jungen Menschen und hing – vom Ehrgeiz, eine Kunstschule für Jugendliche zu entwickeln, getrieben – seinen bisherigen Beruf an den Nagel. 2001 gründete er IYASA – *Inkululeko Yabatsha School of Arts*, was übersetzt aus dem Ndebele soviel heißt wie: „Kunstschule für die Freiheit junger Menschen“. Es ist ein Theater für Jugendliche und von Jugendlichen. Der Tatsache, daß Österreich das erste europäische Land war, in dem Aufführungen von IYASA zu sehen waren, liegt ein glücklicher Umstand zugrunde. Stephan Rabl, Geschäftsführer und künstlerischer Leiter des *Dschungel Wien*, lernte IYASA auf einem Festival in Harare kennen und war von Anfang an so beeindruckt, daß er die Gruppe nach Österreich einlud. 2001 war IYASA erstmals in Österreich beim *Shakespeare-Festival* in Linz und auch beim internationalen Tanzfestival *Szene Bunte Wädhne* zu sehen.

Seither findet nun jedes Jahr im Sommer eine Österreich-Tour von IYASA statt. Auch bei der Eröffnung des Dschungel, dem Theaterhaus

für junges Publikum im Wiener Museumsquartier, war IYASA mit einem Gastspiel präsent. Zusätzlich zu den Aufführungen während des heurigen Afrika-Schwerpunkts boten die Mitglieder von IYASA ihre ausgezeichneten künstlerischen Fähigkeiten unter anderem auch im *Konzerthaus Weinviertel* in Ziersdorf und auf der 100-Jahrfeier des Internationalen Frauentags dar. Anfangs spielte IYASA nur Eigenproduktionen, doch später kam es vermehrt zu Koproduktionen mit dem Dschungel Wien und dem *Teatro Piccolo*.

In der Umsetzung des Afrika-Schwerpunkts wurde versucht, Themen von „draußen“ in den Theaterräumen des Dschungels zu bearbeiten. Das Zusammenleben mit anderen Kulturen ist gerade für junge Menschen von Bedeutung. Unsere Welt wird immer kleiner, doch in unserem Denken sollten wir größer werden. Der „Großstadtdschungel Wien“ beheimatet viele Kulturen, die uns neue Möglichkeiten bieten – doch wie leben wir mit ihnen? Dieser und anderen Fragen versucht das Theaterhaus in seiner Schwerpunktsetzung nachzugehen. Sein Schwerpunkt Afrika brachte nicht nur verschiedene Produktionen mit



Szenenfoto „Afrikanische Märchen“

Künstler/innen aus Zimbabwe, dem Kongo und Uganda nach Wien, sondern bereicherte die Begegnung mit diesem dem österreichischen Publikum oft so fremden Kontinent. Und das nahm auch SADOCC zum Anlaß, während dieses Schwerpunkts mit dem Dschungel zu kooperieren.



Szenenfoto „China K.“

„Streets of Africa“ beeindruckt durch das Miteinander traditioneller und moderner Musik und verbindet die alten Tänze der Dörfer mit jenen der Youngsters der Städte. Mit dieser Produktion streift das Ensemble auch die Thematik des Generationenkonflikts in Zimbabwe. Der Leiter von IYASA, Innocent Dube, schildert die Situation folgendermaßen: *„Die Älteren beschwerten sich, daß sich die Jüngeren nicht um die Traditionen kümmern und sich zu sehr an Europa orientieren. Sie vergessen Afrika! Die Jüngeren vertreten den Standpunkt, daß ihre Zeit gekommen ist und sie ihren Weg finden müssen und nicht so wie ihre Eltern und Großeltern leben können und wollen.“* IYASA versucht sich mit den Aufführungen in der „Mitte“ dieses Spannungsfelds einzuordnen. *„Wir können die Veränderungen nicht stoppen. Die Welt wurde ein globales Dorf und die jetzige Generation ist jene, die mit den meisten Herausforderungen konfrontiert wird“*, so Dube weiter.

„Afrikanische Märchen“, in dem es um die Kindheit in Afrika und speziell um die Welt der Kinder in Bulawayo geht, ist ebenfalls eine Koproduktion von IYASA und dem Dschungel Wien und wurde beim 7. Tiba-Festival in Belgrad mit der Preis für die herausragendste künstlerische Leistung geehrt. Das preisgekrönte Stück ist für den Sommer nach Okinawa und Shizuoka (Japan) eingeladen und wird auch nach Seoul (Südkorea) reisen.

Eine sehr berührende und besondere Aufführung ist die

Koproduktion von Teatro Piccolo und IYASA „China K.“, einer wahren Geschichte nach dem Buch von China Keitetsi „Sie nahmen mir meine Mutter und gaben mir ein Gewehr. Das Tagebuch einer Kindersoldatin“. Mit acht Jahren wird die kleine China Keitetsi aus Uganda von Soldaten in ein Rekrutierungslager verschleppt, wo sie den Umgang mit der Waffe lernt. Nach langen Jahren des Krieges gelingt ihr endlich die Flucht nach Dänemark, wo sie einen Bestseller über ihr Leben als Kindersoldatin schreibt. Im Stück blickt sie zurück und erinnert sich an ihre Kindheit. In eindrucksvollen Bildern entstehen Alpträume des achtjährigen Kindes, die wichtigsten Stationen seines Lebens werden nachgezeichnet.

„China K.“ ist nicht nur ein Theaterstück, sondern auch ein Stück Zeitgeschichte Afrikas – und Europas. Im Stück werden politische Zusammenhänge aufgezeigt und wird mit dem Vorurteil, daß sich derartige Brutalitäten nur in Afrika ereignen können, schnell und bestimmt aufgeräumt. Das Stück spielt in Uganda, wo der diktatorisch agierende Präsident Milton Obote regiert, und thematisiert die innenpolitischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe. Später übernahm Yoweri Museveni die Macht und regiert seither in einem Einparteiensystem (INDABA 68/10).

„China K.“ wurde zuerst in Zimbabwe aufgeführt und später in Wien, wo die Gruppe China Keitetsi auch persönlich getroffen hat. Menschenhandel, ethnische und politische Säuberungen und die Problematik der Kindersoldat/inn/en sind nicht nur ein afrikanisches Thema, sondern betreffen Länder auf der ganzen Welt. So wird auch im Anschluß an die Vorführung mittels Plakaten auf die Situation in Kolumbien und Burma hingewiesen. Innocent Dube ergänzt das: *„Es ist nicht nur ein afrikanisches Problem. Menschenhandel und Kriege gibt es überall, auch in Europa. Andererseits kommen fast alle Waffen aus Europa und den USA nach Afrika.“*



Innocent Dube ist bei den Aufführungen seiner Gruppe auch sehr auf die Repräsentationen von Afrika bedacht. *„Wir wollen stets ein reales Bild von Afrika transportieren, und das inkludiert eben sowohl reich, glücklich und gut, aber auch arm, traurig und schlecht. Wir wollen nicht nur das eine Bild von Afrika kreieren, sondern alle Gesichter*

zeigen. Unser Motto ist: Sei ein Spiegel der Gesellschaft! Und ein Spiegel lügt eben nicht.“

Nach der alljährlichen Europatournee im europäischen Sommer kehrt das Ensemble wieder nach Bulawayo zurück und tourt dann von dort aus sowohl durch Zimbabwe als auch durch verschiedenste Länder im Südlichen Afrika. IYASA arbeitet mit einem sehr kleinen Budget. Der finanzielle Gewinn aus der Europatournee wird genutzt, um Projektideen in Zimbabwe umsetzen zu können. Zwar wird IYASA von mehreren Organisationen unterstützt, von Seiten der Regierung gibt es aber keine finanzielle Unterstützung.

Zuständig wäre das *Ministry of Education, Sports and Culture*. Und genau in dieser Reihenfolge werden auch die verschiedenen Anliegen behandelt, beschwert sich Dube. „Das Ministerium ist einfach viel zu groß. Die Torte müßte auf alle Bereiche aufgeteilt werden, für Kunst und Kultur bleibt da aber nichts übrig. Für Künstler/innen ist es in Zimbabwe sehr, sehr schwierig zu überleben.“ Deshalb haben sich verschiedene Künstler/innen in Zimbabwe zu einer Kampagne zusammengeschlossen und fordern ein eigenes Ministerium für Kunst und Kultur.

Aber auch in seiner künstlerischen Freiheit sieht sich Innocent Dube stark eingeschränkt. „Politische Themen, die sich mit Zimbabwe beschäftigen, darf IYASA nicht darstellen! Die Zensur in Zimbabwe ist einfach zu stark. Unsere Arbeit und unser Leben wird von einengenden und restriktiven Gesetzen begleitet.“ Auch deshalb setzt sich Innocent Dube wohl so stark für die „Kunstschule für die Freiheit junger Menschen“ ein.

WasWirSehen – Bilder, Stimmen, Repräsentationen

Nach der erfolgreichen *African Lace*-Ausstellung bietet die amtierende Direktorin des Völkerkundemuseums in Wien, Barbara Plankensteiner, nun einen weiteren Höhepunkt: eine kleine, aber feine Ausstellung „zur Kritik einer anthropometrischen Sammlung aus dem südlichen Afrika“. Die bereits in Basel und anderswo gezeigte Schau (INDABA 65/10) setzt sich mit der eher verstörenden Geschichte der Anthropometrie und ihrer Ton- und Bilddokumente auseinander. Im Zentrum steht das 1931 von dem deutschen (NS-) Künstler Hans Lichtenecker als „Archiv aussterbender Rassen“ angelegte Körperarchiv von Afrikanerinnen und Afrikanern in Namibia, dem ehemaligen (Deutsch-)Südwestafrika.

WasWirSehen rückt das Sprechen jener Menschen in den Mittelpunkt, die innerhalb eines kolonialen Kontextes (südafrikanische Mandatsherrschaft mit anhaltendem deutschnationalem Einfluß) Gesichtsabformungen, Körpervermessungen, anthropometrisches Photographieren und Stimmaufnahmen erdulden mußten. Die Tonaufnahmen wurden erst kürzlich von der Kulturwissenschaftlerin Anette Hoffmann wiederentdeckt und konnten übersetzt werden.

Auf Fotos wird z. B. gezeigt, wie Lichtenecker den Menschen immer wieder Gesichtsabdrücke zeigte und diese mit Verstörung und Abscheu reagierten. „Es muß diesen Männern Spaß gemacht haben“, kommentiert Hoffmann diese Praxis.

Mit Hilfe dieser bedrückenden Zeugnisse konstruiert die Ausstellung einen fragilen Raum von Bildern und Stimmen, Geschichten und Porträts, historischen Dokumenten und aktuellen Kunstwerken.

Dem Museum für Völkerkunde ist es zu verdanken, daß in aktueller Ergänzung zur Ausstellung auch auf einen österreichischen „Körpervermesser“ hingewiesen wird: auf Rudolf Pöch und seine ethisch problematischen Sammlungen (INDABA 69/11). So beabsichtigt die Ausstellung, wie Plankensteiner bei der Eröffnung sagte, eine „Aufarbeitung in kleinen Schritten“ auch der Geschichte der Wiener Museen.

Veranstaltungshinweis:

8. September 2011, 17.30

Museum für Völkerkunde (www.ethno-museum.ac.at)

Vermessen, Abgipsen, Fotografieren, Filmen, Phonographieren. Die Forschungen Rudolf Pöchs im „Feld“ und an Kriegsgefangenen (1904-1918)

Vortrag von Britta Lange (Berlin)



in China Strafexpeditionen verbreitet waren, die in der Regel mit Ab- und Verbrennen endeten, dominierten in Ostafrika kleinere Streifzüge, die schnell von einer Strategie der verbrannten Erde abgelöst wurden. Von diesen beiden Kriegen hob sich der Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika zum einen insofern ab, als hier zunächst auf konventionelle Mittel der Kriegsführung, die Vernichtungsschlacht und die Verfolgung, zurückgegriffen wurde, zum anderen aber, weil dann im großen Stil Gefangenenlager eingerichtet wurden... Somit nahm Südwestafrika nicht nur hinsichtlich der Form, sondern auch hinsichtlich des Ausmaßes der von den Soldaten in den deutschen Kolonialkriegen ausgeübten Gewalt eine Sonderstellung ein. Dies läßt sich... dadurch verdeutlichen, dass mit den Herero und Nama zwei Ethnien zu mindestens 30 bis 50 Prozent ausgerottet worden sind.“ (S. 125 f.).

An dieser Stelle sei angesichts des hierzulande immer wieder artikulierten Interesses am Einsatz österreichischer – oder besser: von Österreich aus entsendeter – Missionare während des Nama-Krieges (zuletzt etwa in der Diplomarbeit von Magdalena Waygand, *Fremd- und Eigenbilder in der Missionszeitschrift „Das Licht“ der Oblaten des hl. Franz von Sales von 1906-1910*) ein kurzer Exkurs gestattet. **Susanne Kuß** macht deutlich, wie sehr die konventionellen Strategien der deutschen Truppen im Süden Namibias aus ökologischen und siedlungsgeographischen Gründen vom Scheitern bedroht waren und daß Erfolge erst dann zu verzeichnen waren, „als sie mit der Einrichtung von das Land wie ein Netz überziehenden Posten und mit gleichzeitig geführten Verhandlungen zu einer Doppelstrategie übergingen.“ (S. 421). Dies wirft neues Licht auf die von missionsge-

schichtlicher Seite hagiographisch verklärte „Friedensmission“ von Pater Malinowski im Jahr 1906, welcher im Rahmen dieser Doppelstrategie offensichtlich eine große Bedeutung zukam.

Doch zurück zur Argumentation von **Susanne Kuß**. Während sie unter Hinweis auf die „Sonderstellung“ der deutschen Gewalt in Südwestafrika der namibischen Genozid-These ziemlich nahe kommt, sieht sie durch ihre Arbeit das Paradigma einer Kontinuität deutscher militaristischer Gewalt von den Kolonialeinsätzen bis zum Holocaust oder dem deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa nicht bestätigt (und schließt sich somit Skeptikern wie Robert Gerwarth und Stephan Malinowski an, die in *Geschichte und Gesellschaft* 2007 auf die Heterogenität der verschiedenen Positionen in der sog. Kontinuitätsthese verwiesen). Zum einen, so die Autorin, weil die Formen der deutschen Kriegsführung in den drei untersuchten Konflikten so unterschiedlich gewesen seien, daß sie „weder in den jeweiligen militärischen Intentionen noch in einer Militärkultur begründet sein“ konnten (S. 126). Und zum anderen, weil aus Altersgründen, persönlichen Karriereverläufen und anderen Erwägungen „eine direkte Linie in Form der Tradierung militärischer Gewaltlehren oder Verhaltensgrundsätze zwischen den deutschen Kolonialkriegen, auch dem südwestafrikanischen, zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg nicht auszumachen“ sei (S. 429). Vielmehr sei die Eigendynamik des jeweiligen Kriegsschauplatzes entscheidend für unterschiedliche Konfliktverläufe gewesen.

Mit dieser Einschätzung nimmt **Susanne Kuß** in der einleitend erwähnten Debatte zur „Kontinuitätsthese“ deutlich Stellung, und zwar angesichts der ungeheuren Fülle an aufgearbeitetem Quellenmaterial und ihrer klugen

Argumentation überzeugend. Ihr Buch wird die weitere Diskussion zu dieser Frage zweifellos mitbestimmen und mitbestimmen müssen.

Christof Hamann / Alexander Honold, **Kilimandscharo. Die deutsche Geschichte eines afrikanischen Berges** (Berlin, Wagenbach 2011). 190 S.

Der Kilimandscharo – in der deutschen Kolonialpublizistik und -ideologie spielte der höchste Berg Afrikas, pardon: der höchste Berg Deutschlands, eine signifikante Rolle. 1889 erstmals von dem deutschen Verleger Hans Meyer und seinem österreichischen Bergführer Ludwig Purtscheller (dessen Rolle die Autoren erfreulicherweise erwähnen) „bezungen“, galt der damals wesentlich umfangreiche



re Gletscher als ein Symbol des wilhelminischen Anspruchs auf Afrika, entwickelte sich aber bald zur Verkörperung kolonialer, eskapistischer Sehnsüchte über Deutschland hinaus. „Zum Sterben schön“, wie Ernest Hemingway schrieb. **Hamann** und **Honold** legen mit diesem Buch eine Kulturgeschichte der Kilimandscharo-Rezeption mit interessanten Bezügen zu Literatur, bildender Kunst und Massenmedien vor, die ja in der Tourismuswerbung von heute anhält. Auch wenn man sich manchmal mehr kolonialpolitische Hintergründe gewünscht hätte, ist das Buch für Interessierte wie Reisende zu empfehlen!

... sadocc news ...

Solidarität mit „Women in Need“.

Eine schwung- und stimmungsvolle Benefizveranstaltung für obdachlose Frauen und Kinder in Kapstadt („Women in Need“, INDABA 69/11) organisierte die SADOCC-Gruppe Südafrika am 28. Mai 2011 im *ega:Frauen im Zentrum* in Wien. Neben Begrüßungsreden von Lydia Dyk und Walter Sauer (beide SADOCC) sowie der Frauenvorsitzenden des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes*, Brigitte Ruprecht, begeisterte die Gruppe *Brazama* um Cornelia Pesendorfer mit Musik aus Brasilien, Zambia und Madagaskar. Annett Brunnader und ihre Schülerinnen zeigten moderne und traditionelle Tänze aus Südafrika, Joseph Pampalk las und interpretierte



Märchen aus Moçambique. Der Reinertrag in Höhe von ca. 1.600 Euro kommt zur Gänze der Projektkooperation mit WIN zugute, welche von der Stadt Wien mit 20.000 Euro unterstützt wird.

Besucher/innen bei SADOCC:

Keena Malefane-Mosheshe, First Secretary, Botschaft des Königreichs Lesotho in Berlin, sowie Luccio Schlettwein, Basler Afrika-Bibliographien (Basel).

Edith Saurer †. Wir trauern um die prominente Historikerin, die sich vor allem um die österreichische und europäische Frauengeschichte verdient gemacht hat. Edith war auch eine der ersten Unterstützer/innen der jungen Anti-Apartheid-Bewegung an der Universität Wien.

Forum Südliches Afrika

Sonntag, 10. Juli 2011, 15 Uhr

Walter Sauer

Von Soliman zu Omofuma

Ein Spaziergang durch das Afrikanische Wien

Mohrenapotheke? Heidenmission? Safariromantik? Drogendealer? Viele verschiedene Einflüsse haben im Lauf der Geschichte das Afrika-Bild der Wiener Bevölkerung bestimmt – auch wenn die Zahl jener Afrikaner/innen, die durch Sklavenhandel, Tourismus, Studien- oder Arbeitsmigration nach Österreich kamen, geringer als in anderen europäischen Staaten war. Bei diesem Spaziergang verfolgen Sie die Spuren Afrikas im Wiener Stadtbild und lernen Wiener Afrikaner-Schicksale kennen. Die Mitnahme eines Fernglases und von Fahrausweisen für öffentliche Verkehrsmittel ist empfehlenswert
Unkostenbeitrag Euro 12,-
Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen.
Anmeldungen erforderlich per eMail: office@sadocc.at

Treffpunkt: Wien 1., Wipplingerstraße 12

Montag, 18. Juli 2011, 18.30 Uhr

Georg Bacher

Nelson Mandela

Political Leadership im südafrikanischen Transformationsprozeß

Ort: SADOCC-Bibliothek, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Buchpräsentation mit dem Autor sowie Helmut Kramer (Institut für Politikwissenschaft, Univ. Wien), Walter Sauer (SADOCC) und Botschafter Xolisa Mfundiso Mabongo (angefragt). Moderation: Martin Obermayr (derStandard.at).

Eine Veranstaltung zum Internationalen Mandela-Tag der Vereinten Nationen. Kooperation mit dem Peter Lang-Verlag und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Einladungen zu weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.



Zu Bin Laden und Al Kaida (Mail&Guardian, 6. Mai 2011)

MADAM & EVE

Greetings from Abbottabad!

MY PHOTO SCRAPBOOK
Osama B.L.

BY STEPHEN FRANCIS & RICO

HOME SWEET HOME!
My compound in Abbottabad ... sure beats living in a CAVE!

Me and some of the guards playing a little one-on-one basketball. (Although, I think they sometimes let me win.)

Me and my good friend the President of Pakistan ... who had no idea I was here! (Wink, wink. Nudge, nudge.)

No telephone or internet ... but I have a big account at Abbottabad Videotown. I must have watched every episode of Glee and Desperate Housewives a hundred times!

Sometimes, to relieve boredom, the guards would stage a talent show. That's Faiz - he does a mean Michael Jackson impersonation.

Me and my good friend "Mr Smith" from the CIA. He's actually a double agent. But don't say anything. He'd kill me if he knew I told you!

(Sigh) Here comes my ride ... I'm going to miss Abbottabad ... but when you gotta go, you gotta go!

My "burial at sea." Boy, the conspiracy theorists are going to have a field day with this one. HA! HA!

RELOCATION TIME!
Me ... starting my new life as Mr Bob Laden, owner of Bob's Hardware City, Springfield, Illinois.

Read fresh Madam & Eve cartoons online every day at www.madamandeve.co.za

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



Jahresbericht 2010

Schwarze Menschen in Österreich

Lagebericht

*Afrika und AfrikanerInnen in der österreichischen
Schul- und Hochschulbildung*



Hrsg. INOU/ACHALEKE
Chefredakteurin : Clara Akinyosoye

**Bestellung bei office@blackwomenscenter.org
(8 Euro plus Versandkosten)**